

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

G D

In der Schwebe

Hindenburgs Kandidatur fragwürdig — Die Rechte kampfbereit

B. J. Berlin, 13. Februar.

Gewissermaßen amtlich wird verbreitet, daß der Zeitpunkt, zu dem Herr v. Hindenburg seine angekündigte Erklärung über Annahme oder Ablehnung der ihm angetragenen Kandidatur abgeben werde, noch unbestimmt sei. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Erklärung, von der ursprünglich gemeldet worden war, daß sie am Sonnabend erfolgen werde, erst am Sonntag, möglicherweise sogar erst am Montag, ausgegeben werden. Dieses Ausweichen geht auf den Umstand zurück, daß de. General v. Horn den von der republikanischen Presse angekündigten Besuch beim Reichspräsidenten bisher schuldig geblieben ist und daß bis zur Stunde auch keinerlei Nachricht von ihm im Reichspräsidentenhaus vorliegt.

Die Verhandlungen zwischen Hitler und Hugenberg über eine mögliche Einheitskandidatur der „nationalen Opposition“ haben auch heute den ganzen Tag angehalten. Wenn eine Einigung auch bis zur Stunde nicht erzielt ist, so haben sich die Herrschaften immerhin auf die negative Parole geeinigt:

Kampf! Wenn es sein muß — auch gegen Hindenburg!

Damit ist die Sachlage klar:

Herr von Hindenburg würde nach Lage der Dinge heute außerordentlich ungern von seinem Vorhaben zurücktreten, sich wiederum zur Wahl als Reichspräsident zu stellen. Hält er aber an seinem Vorhaben fest, der von der Rechten angekündigten, jetzt ganz sicheren Gegenkandidatur zum Trotz, so wäre ihm die Niederlage im ersten Wahlgang gewiß. Ihm würde dann das Schicksal Aristide Briands bereitet werden, der sich im Mai des letzten Jahres ebenfalls verleben ließ, für die Präsidentschaft der französischen Republik zu kandidieren und der dann in der Nationalversammlung, von seinen vermeintlichen Freunden verraten, allein blieb — und unterlag.

Herr von Hindenburg wird wahrscheinlich nicht der dritte Reichspräsident werden.

Scharfmacher-Partei für Hindenburg

Berlin, 13. Februar.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung am Sonnabend folgende Entschließung gefaßt:

„Die Deutsche Volkspartei setzt sich mit aller Kraft für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ein. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg, sein Name und seine Persönlichkeit sind die stärkste Bürgschaft zur Sicherung des inneren Friedens und der erfolgreichen Durchführung der nationalen Freiheitsziele des Vaterlandes...“

Auch Heilmann geht wieder zu Hindenburg

Schneidemühl, 13. Februar.

Auf einer Kundgebung der Eisernen Front in Schneidemühl, bei der es zu erheblichen Zusammenstößen mit Kommunisten kam, erklärte der Fraktionsführer der Sozialdemokratie im Landtag, Abgeordneter Heilmann, Hindenburg sei zwar nicht der Mann der Eisernen Front, aber es würde für Hindenburg und Groener sein, wenn dadurch verhindert werden könne, daß der Faschismus zur Macht komme (!!).

Hitler ausgerufen!

Berlin, 13. Februar.

In den Tennishallen in Wilmerdorf fand am Freitagabend eine Kundgebung der Nationalsozialisten statt. Der Reichstagsabgeordnete Goering forderte zum Schluß seiner Rede alle Anwesenden auf, am 13. März, dem Tage der Reichspräsidentenwahl, ihre Stimme Adolf Hitler zu geben, da man mit den Parteien, die einst den Generalfeldmarschall von Hindenburg geschmäht und beschimpft haben, ihn heute aber auf den Schild heben, keinen gemeinsamen Weg gehen könne.

Die Beratungen der Nationalen Opposition über die Reichspräsidentenfrage sind noch im Gange. Zur Zeit verhandeln die Führer des Stahlhelms mit dem Parteiführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg.

Zur Frage der Einbürgerung Adolf Hitlers verlautet neuerdings, daß Hitler zum Bevollmächtigten des Reichsrats des Freistaates Braunschweig ernannt werden soll. Hiermit würde ohne weiteres die Zuteilung der deutschen Staatsangehörigkeit verbunden sein. Seitens der braunschweigischen Regierung ist, entgegen anderslautenden Pressemitteilungen, irgendeine bestimmte Stellungnahme zu den verschiedenen in dieser Richtung laufenden Gerüchten bisher noch nicht abgegeben worden.

Es dürfte ferner nicht zutreffen, wie in

einer Anzahl von Blättern behauptet wurde, daß Reichspräsident von Hindenburg bereits entschlossen sei, die Kandidatur für seine Wiederwahl unter allen Umständen anzunehmen. Der Reichspräsident steht nach Meldungen aus seiner Umgebung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß er seine Stellungnahme von dem Verhalten der Rechten abhängig macht. Seine Entscheidung wie auch der Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe sind nach wie vor noch völlig offen.

München, 13. Februar 1932.

Die Nationalsozialisten eröffneten am Freitag im Bürgerbräukeller den Wahlkampf für die Reichspräsidentenwahl. Der Münchener nationalsozialistische Stadtrat Esser teilte in seiner Rede mit, daß er sich von Adolf Hitler kurz vor Beginn der Versammlung telefonisch die Ermächtigung geholt habe, offen zu erklären, daß die Nationalsozialisten bei der kommenden Wahl ihre Stimmen solange Hindenburg nicht geben würden, als dieser an Dr. Brüning als Kanzler festhalte. Sei Hindenburg bereit, dem Willen der Nationalsozialisten entgegenzukommen, dann ständen keine Schwierigkeiten im Wege, ihn zu wählen. Von der ausdrücklichen Namensnennung eines nationalsozialistischen Kandidaten nahm Esser vorläufig Abstand.

13. März Wahltag

Wie TU. mitteilt, hat der Reichswehrrinnenminister den 13. März als Wahltag für den Reichspräsidentenposten vorgeschlagen. Also wird's wohl dabei bleiben. Denn die Vorschläge des Reichswehrrinnenministers sind doch wohl so gut wie Gesetz.

„Startbereit!“

Nationalsozialistische Putschdrohungen

Im „Völkischen Beobachter“ befaßt sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels in einem Leitartikel mit der Frage der Entscheidung über die in Kürze zu lösenden innerpolitischen Fragen. In dem Artikel heißt es u. a., jede Stunde könne das Signal zum Angriff geblasen werden. Am Sonntagmorgen würden in sämtlichen Gauen die Ortsgruppenführer und Amtswalter zusammentreten und aus dem Munde des Gauleiters die letzten Instruktionen für den Kampf entgegennehmen. Am Sonntagabend werde die Parteimaschine startbereit dastehen und nur darauf warten, daß einer auf den Knopf drücke, um sie mit aller Vehemenz in Bewegung zu setzen. Jeder Parteigenosse habe nun endlich die ersehnte Gelegenheit, mit allen Feinden des deutschen Volkes und allen Verfolgern seiner Bewegung eine durchaus legale, aber vernichtende Abrechnung zu halten, wie sie in diesen Ausmaßen die deutsche Geschichte noch nicht gesehen habe.

Diese Ankündigungen, zusammen mit der besonders aufpeitschenden, hetzerischen Schreibweise der nationalsozialistischen Blätter in den letzten Tagen klingt geradezu nach der Ankündigung des Putsches.

Die Arbeiter aller Parteirichtungen müssen in diesen Tagen mehr noch als bisher die Augen offen halten, sich fester noch als bisher zusammenschließen!

Schanghai wieder unter Feuer

Schanghai, 13. Februar.

Der Feuerkampf wurde auch nach dem Ablauf des Waffenstillstandes während der ganzen Nacht fortgesetzt und am Sonnabend im verstärkten Maße wieder aufgenommen. Ueber Tschapei sind 10 japanische Flugzeuge aufgestiegen und bombardierten die Stadt. Von japanischer Seite verlautet, daß am Sonnabend etwa 20 000 Mann in der Nähe von Schanghai gelandet werden sollen.

Die Vermittlungsverhandlungen der verschiedenen Gesandten sind bisher völlig fehlgeschlagen. Der japanische Gesandte hatte außer mit dem englischen auch eine lange Unterredung mit dem französischen Gesandten, er beharrte aber auf seiner Forderung, daß sich die chinesischen Truppen aus Schanghai zurückziehen müßten. Der englische Gesandte hatte außerdem Besprechungen mit prominenten chinesischen Persönlichkeiten, darunter dem Bürgermeister von Groß-Schanghai und Dr. Wellington Ku.

5000 neue Entlassungen in Oberschlesien kündigt der oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein an. Damit würde die Belegschaft, die Ende Januar 42 000 Mann betrug, auf 37 000 zurückgehen.

Der Bierstreik in Hamburg hat jetzt die Brauer auf den Plan gerufen. Sie erklären, sich immer gegen eine Bierpreissenkung ausgesprochen zu haben und kündigen die Verminderung der Belegschaften an.

Noch eine Woche verbilligtes Fleisch. Das verbilligte Fleisch für Erwerbslose wird noch auf eine weitere Woche ausgegeben — für den, der es ersehen kann.

Die Lötchbergbahn hat den Zinsendienst für Obligationen teilweise eingestellt. Der Vorgang hat in dem Rentnerland große Bestürzung hervorgerufen.

Scheene Reubliganer!

Aus Höltermanns Blechschmiede

† Berlin, 13. Februar.

Als eine Art Kriegssersatz für den Eintragszeitungsgründer Hörsing hat der Rundfunkredner Höltermann die Führung des Reichsbanners und die Blasebalgfunktion in der „Eisernen Front“-Schmiede übernommen. In dieser Eigenschaft hat er in Dessau in einer sogenannten republikanischen Kundgebung dem Reichswehrrinnenminister Groener auf seinen nationalsympathischen Erlaß geantwortet. Ist es unsere Schuld, daß uns das Bild vom Spitz einfällt, der sich noch heiser bellt, während das Auto, das er anklafft, schon in einer Staubwolke verschwindet?

Das militärbemannte Panzerauto der deutschen Politik ist schon dicht vor seinem Ziel, dem braunen Haus, und Höltermann redet dem Reichswehrrinnenminister noch gut zu, dafür zu sorgen, „daß sich nicht wieder einige Gewalthaufen gegen die Verfassung bilden“. Noch hängt der Reichsbannerführer Höltermann an seinem Traume von der deutschen Republik, während die nunmehr ganz legalen SA-Henker schon den Strick bereit halten, an dem wohl auch der Mann der „Eisernen Front“ hängen soll. Noch schwärmt der Träumer von 1848 von einem „demokratischen Staat“, der auch „der Gewalt nicht entbehren kann“, da ist schon längst der Nachtfrost des Artikels 48 der Reichsverfassung über alle Blütenesselbst der unentwegten „Demokraten“ hinweggebraust und Gewalt fährt „auf der Straße“ wie im weiland Römischen Reich zur Zeit der Raubritter. Nur daß die Raubritter von heute keinen Harnisch tragen, sondern einen gepanzerten Kassenschrank im Wappen und daß sie statt des Degens das Scheckbuch schwingen. Und daß sie gebieten über die Gewalt, deren „auch der demokratische Staat nicht entbehren kann“, daß sie sie einsetzen gegen die Republikaner der „Eisernen Front“ und gegen das Proletariat, das diese Republik wohl aus der Taufe, aus dem Strome seines eigenen Bluts gehoben hat, um heute aber zu erleben, daß diese Republik sein schlimmster Feind geworden ist. Und dieser Republik will der Schmiedemeister von Dessau noch mehr Gewalt geben?! Gegen die Arbeiterschaft, gegen das kämpfende Proletariat!

Zur Stunde, wo Reichswehroffiziere, die das Hakenkreuz bisher nur im Herzen getragen haben, es an den Männerbusen stecken dürfen, erkennt der Republikaner Höltermann zähneklappernd an, „daß sich die Wehrmacht in den letzten Jahren gebessert hat“, daß sie also nunmehr, wie aus Höltermanns Rede hervorgeht, „zum Staat und zur Verfassung steht“. Dieselbe Wehrmacht, die in der deutschen Republik immer nach Höltermann selbst — im Laufe der Rede hat er es anscheinend schon wieder vergessen — die Politik macht. Sie steht also zu sich selbst. Das Reichswehrrinnenministerium — das ist die deutsche Republik, und der soll noch mehr Gewalt gegeben werden.

Ach ja, Freund Höltermann ist ein getreuer Ekkehard des Reichswehrrinns! Er macht sich bittere Sorgen darüber, wie leicht der doch „zerstört“ werden könnte! Die Nazis — nun ja, damit muß man sich schließlich abfinden. Aber, so fragt Höltermann,

wer ist denn ein großer Teil der SA-Leute? Es sind viele darunter,

die vor kurzem den Sowjetstern trugen. Das bedeutet, daß in die Reichswehr ein gut Teil junger Leute käme, der der bolschewistischen Propaganda Vorschub leistete. Andere wollen in die Reichswehr, die nicht national ist, andere aber sind nationalbolschewisch. Die Staatsgewalt darf nicht in schwankenden Zeiten in die Hände von Leuten mit schwankender Gesinnung gelegt werden.

O über den Heldenkampf mit dem Bolschewisten! Hört Höltermann nicht das Gelächter, das brausend aus den Offizierskasinos klingt? Merkt er nicht, daß all seine starken Worte nach diesem Notschrei bleicher Angst wie schopperndes Blech klingen? O über den „Taktiker“, der mit solcher „Schlauheit“ nur das Zwerchfell, nicht aber die konterrevolutionäre Front erschüttert! Dahin sind diese „Republikaner“ gekommen, daß sie sich hinter die ältesten Ladenhüter der Konterrevolution verkriechen, um dieser selbst bange zu machen. Wahrlich, da gilt das Wort des weiland August von Sachsen: „Ihr seid mir scheene Republikaner!“ Ob der August von Sachsen an den Höltermann gedacht hat, der zum Schluß ausruft:

„Mögen auch die Gestalten wechseln, was bleiben wird, das ist der ungeheure Lebenswille der deutschen Republikaner.“

„Ihr habt euch wieder, schwankende Gestalten“, wird das Proletariat antworten und sich dahin wenden, wo allein es Hilfe finden kann, zu sich selbst, zu der revolutionären Front der Klasse, zur Einheitsfront des Proletariats. Höltermanns Worte sind in den Wind gesprochen, und das ist das Beste, was ihnen passieren konnte.

Während die Höltermanns Tiraden und den letzten Rest ihres guten Rufes zer-schmettern, während der „Vorwärts“ — Vorsicht ist die Mutter der Weisheit — die Polemik gegen Herrn Groener auf bessere Zeiten verschiebt, spricht einzig die bürgerlich-demokratische Presse des Auslandes (die in Deutschland ausgestorben ist), daß „die politische Tragweite von Groeners neuen Richtlinien nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.“ Und es ist die durchaus deutschfreundliche „Neue Züricher Zeitung“, die weiter solches den Höltermann-Republikanern ins Stammbuch schreibt:

„Wie die politische Schwankung gewirkt hat, das konnte man schon an der republikanischen Presse ablesen. Sie verbannte ihre nicht allzu kräftigen Proteste auf die letzte Seite. Die Passivität des republikanischen Lagers ist erstaunlich. Darüber dürfen die Versuche der „Eisernen Front“, die „Rüstwoche“ und die Versammlungen des Reichsbanners nicht hinwegtäuschen. Keine der Parteien, die sich aus Ueberzeugung zur demokratischen Verfassung bekennen und die Regierung Brüning teils unterstützen, teils „tolerieren“, hat sich auf den Erlaß Groeners hin gerührt. Wenn sie es dulden, daß eine politische Frage erster Ordnung gegen sie entschieden wird, dann schlittern sie von einem „kleineren Uebel“ zum andern in das „Dritte Reich“ hinein, das freilich sie nicht mehr „tolerieren“ wird. Kein Wunder, daß die Siegeszuversicht der Nationalsozialisten — trotz den Zerwürfnissen innerhalb der Harzburger Front — von Tag zu Tag steigt.“

Muß erst ein bürgerlich-liberales Blatt des Auslands kommen, und den Proletariern in der SPD, in der „Eisernen Front“, und wie die Tolerierungsmasken sonst noch heißen, zu sagen, daß dies Spiel zu Ende ist, daß der Faschismus nicht mehr vor den Toren steht, sondern im Begriff ist, in die weit geöffneten mit Triumph und Klingklanggloria einzufahren?

Wahrlich, der Staat greift zu! Er packt die Proleten mit eisernen Fäusten. „Prolet, greif zu“, das ist die Mahnung der Stunde! Ganz kannst du's, noch sind deine Fäuste nicht ganz gefesselt. Weg mit der Tarnkappe! Fort mit den Schlummerliedern und ihren Sängern! Es gibt nichts mehr zu „tolerieren“, es gibt nur noch etwas zu erkämpfen. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

Unstet und flüchtig . . .

Der Liebknecht-Mörder und Gustav Noske

Berlin, 13. Februar.

Kapitänleutnant a. D. Horst von Pflugk-Hartung wurde bekanntlich kürzlich von der schwedischen Regierung wegen Geheimbündelei und ungesetzlichen Waffenhandels aus Schweden ausgewiesen. Er bemühte sich dann vergeblich, unter Berufung darauf, daß er als Teilnehmer an der Ermordung Karl Liebknechts seines Lebens in Deutschland nicht sicher sei (wohin ihn übrigens Hitler als Propagandisten der NSDAP berufen hatte), um die Aufhebung dieses Ausweisungsbefehles, wandte sich dann nach Norwegen und suchte bei den dortigen Behörden um Aufenthaltsbewilligung nach. Durch einen Erlaß des norwegischen Justizministers wurde sein Antrag abgelehnt, und jetzt wurde der Mörder Pflugk-Hartung per Schub an die schwedische Grenze zurückbefördert. Nun werden ihn die schwedischen Behörden wahrscheinlich nach Deutschland abschieben. Einem Mitarbeiter der Osloer Tageszeitung „Tidens Tegen“ erklärte der Mörder, daß er an der Tötung Liebknechts ausschließlich auf Anweisung seines Vorgesetzten, des Reichswehrministers Noske teilgenommen hätte. Wenn er dem Befehle nicht gefolgt wäre, so wäre er bald ein toter Mann gewesen.

Rote Klassenfront

Schutzbund und Kampfbund Schulter an Schulter

Berlin, 13. Februar 1932.

In Berlin-Charlottenburg sind der Sozialistische Schutzbund und der Kampfbund gegen den Faschismus (KPD) zu einem gemeinsamen antifaschistischen Komitee zusammengetreten.

*

Schon seit mehreren Wochen schwebten zwischen den antifaschistischen Organisationen der Charlottenburger Arbeiterschaft Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen die faschistischen Ueberfälle, die besonders in Charlottenburg selbst mehrere Opfer gefordert hatten.

Die Folge der Verhandlungen war ein Beschluß, eine gemeinsame Versammlung aller Organisationen durchzuführen.

Die Durchführung dieses Beschlusses wurde vom kommunistischen Pol-Leiter in Charlottenburg auf Betreiben des KPD-Parteisekretärs verhindert.

Infolge dieser unerhörten Haltung gegenüber dem proletarischen Einheitswillen entstand ein Konflikt in der Leitung des Kampfbundes.

Die Mitgliedschaft des Kampfbundes und ihre Vertrauensleute forderten entschlossen eine gemeinsame proletarische Abwehrfront.

Als Antwort wurde einer der leitenden Kampfbundbrüder von der Bürokratie gemäßregelt!

Die Mitgliedschaft nahm mit starker Enttäufung von diesem unverantwortlichen Vorgehen die Bürokratie Kenntnis,

sämtliche Funktionäre des Kampfbundes solidarisierten sich mit dem ausgeschlossenen Genossen, ebenso die gesamte Mitgliedschaft der Kampfstaffel Charlottenburg.

Darauf wütete die losgelassene KPD-Bürokratie noch weiter und erklärte sämtliche Mitglieder für ausgeschlossen! Außerdem sollen alle Mitglieder im Kampfbund, die Mitglied der KPD sind, dort ebenfalls ausgeschlossen werden!

Darauf gaben die Genossen im Kampfbund die einzig richtige Antwort, indem sie sich folgendes zur Aufgabe machten:

„Die bisherigen und opfervollen Erfahrungen beweisen, daß die bestehenden, der einen oder anderen Partei, jedoch nicht der gesamten Arbeiterklasse dienenden Wehren außerstande sind, dem immer stärker vordringenden Faschismus und seinen Terrorbanden Einhalt zu gebieten.“

Nicht Parteiwehren, sondern nur die Schaffung einer überparteilichen Klassenwehr kann diese Aufgabe erfolgreich erfüllen.

An den Kommunisten und übrigen revolutionären Arbeitern liegt es, durch ihr beispielgebendes Wirken die antifaschistische Klassenwehr zum Kampfinstrument für die proletarische Revolution zu machen. Der Verwirklichung dieser Aufgabe dient auch das Zusammenwirken des Kampf- und Schutzbundes, um den organisierten und unorganisierten Arbeitern ein Beispiel für ihren Zusammenschluß zum Kampf gegen den Faschismus zu geben. Kämpft mit uns für überparteiliche Klassenwehren!

Schmiedet mit uns proletarische Hundertschaften! Tretet ein in die antifaschistische Klassenwehr.“

Dieser Schritt der Kampfbundgenossen in Berlin-Charlottenburg ist die einzig richtige Antwort auf alle Versuche von rechts und links, aus Gründen einer sturen „Parteilinie“ die antifaschistische Proletarierfront zu sabotieren.

Es wird Zeit, daß alle proletarischen Streitkräfte sich zu einer mächtigen roten Klassenfront zusammenfinden; Zeit, daß die revolutionäre Beispiel großer klassenbewußter Teile im Proletariat die Arbeitermassen vorwärts reißt zum Kampf gegen Faschismus und Notverordnungs-diktatur, gegen Lohnabbau und Kriegsgefahr.

Schmiedet die rote Klassenfront gegen den Kapitalismus!

Banquos Geist auf der Abrüstungskonferenz

China mahnt

Haltet die übernommenen Verpflichtungen!

Genf, 13. Februar.

In der Abrüstungskonferenz traten am Sonnabend die Vertreter Kanadas, Lettlands und der Graf Apponyi, der ungarische Hauptdelegierte auf. Es ist dazu nichts wesentliches zu bemerken, denn daß der Ungar, gestützt auf die von seinem Lande so hochachtbar geschützte Moral, die Gleichberechtigung aller forderte, wußte man schon vorher.

Als ein lebendiges Menetekel aber warnte

der Führer der chinesischen Delegation, Dr. Yen,

die anwesenden Diplomaten vor den Folgen ihres Zauderns. Nicht ein Mechanismus der Sicherheit genüge, so führte er u. a. aus, es müßte auch der Mut zur Anwendung der internationalen Aktionsmittel vorhanden sein.

„Das Vertrauen auf den Völkerbund hat stark abgenommen, weil nie ein klarer Fall

des Angriffs und der Verletzung der Verträge vorgekommen ist.“ Dr. Yen schloß:

„China bittet in der Stunde seiner Prüfung nicht um Mitleid oder um bewaffnete Hilfe anderer Staaten.“

Wir verlangen aber, daß die Staaten, die ihre Unterschrift unter Verträge gesetzt haben, ihre übernommenen Verpflichtungen erfüllen.

Wir appellieren an Sie, sich um die Völkerbundssatzung und den Kellogg-Pakt zu scharen, denn nur so kann die Arbeit der Abrüstung wirklich und dauernd gestaltet werden. China hat in seiner über zweitausendjährigen Geschichte manches Drangsal erlebt und überstanden und wird, wie wir glauben, auch die gegenwärtige Krise überleben, aber wir werden aus ihr mit einer neuen Einstellung und einem neuen Wissen um die harten Tatsachen des Lebens hervorgehen, und aus alledem werden wir eine neue Orientierung unserer auswärtigen Politik aufbauen.“

Preisabbau verboten

Eine treffende Illustration zu dem ohnehin wenig rühmlichen Kapitel Preisabbau liefert eine soeben gefällte Entscheidung des Amtsgerichts Berlin-Mitte gegen ein Berliner Kino. Dieses hatte u. a. den im Verleih der Bayerischen Filmgesellschaft erschienenen Tonfilm „Die Fledermaus“ auf sein Programm gesetzt. Als die Verleihfirma jedoch erfuhr, daß dieses neue Lichtspielhaus nur Eintrittspreise von 30—60 Rpf. erhebe, verlangte sie die sofortige Herausgabe der Filmkopie und damit die Unterlassung weiterer Vorführungen dieses Films mit der Begründung, daß diese niedrigen Eintrittspreise gegen die Verleihbedingungen, in denen gewisse Mindesteintrittspreise vorgeschrieben sind, verstoßen. Das Kino verweigerte die Herausgabe des Films, worauf die Verleihfirma eine einstweilige Verfügung vom Amtsgericht Mitte auf Herausgabe der Filmkopie erzielte, eine Entscheidung, die auf den Einspruch des Kinos in der mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht bestätigt wurde. Das Kino ist also gezwungen, entweder den Film herauszugeben oder seine Eintrittspreise zu erhöhen. Was sagen Sie dazu, Herr Goerdeler.

Bayerische Bauern-Aktion

München, 13. Februar.

Die Führer der „Neuen Bauernbewegung“ hatten heute eine Aussprache mit dem Bayerischen Brauerbund. Hierbei handelte es sich um den von der „Neuen Bauernbewegung“ beabsichtigten Bierstreik. Die Führer der Bewegung erklärten, daß die letzte Bierpreissenkung absolut wirkungslos sei, weil sie weder die Landwirtschaft, noch die breiten Konsumschichten entlaste und auch zu keiner Absatzsteigerung führe. Der Vertreter des Brauerbundes riet den Bauernführern jedoch von dieser Maßnahme mit dem Hinweis auf die schwere Schädigung des bodenständigen Brau- und Gastwirts-gewerbes ab und empfahl ihnen, den Kampf ganz auf die Senkung der Biersteuer einzustellen. Die Bauernführer beharrten jedoch auf ihrem Standpunkt, den Bierstreik durchzuführen.

Erholungsaufenthalt für Mörder

Ein neuer Skandal in Honolulu

Die Mordaffäre von Honolulu, über die wir seinerzeit eingehend berichteten, ist in ein neues Stadium getreten. Es handelte sich, wie erinnerlich, darum, daß der amerikanische Marinelieutenant Massie mit Unterstützung seiner ehrenwerten Schwiegermutter den Kanaken Kahahawai ermordet hat, weil seine Gattin von Eingeborenen angeblich vergewaltigt worden war. Die Untersuchung, die nach der Auslieferung des Leutnants und seiner Helfershelfer an die Zivilbehörde angestrengt wurde, hat keinerlei Sicherheit darüber ergeben, daß der Ermordete wirklich der „Schuldige“ war. Die Eingeborenen sind von neuem in ungeheure Erregung geraten, weil nach allen Anzeichen das Urteil, das unmittelbar bevorsteht, sehr milde ausfallen wird. Nach dem Bericht der „New York Times“ sind der Leutnant und seine Mitschuldigen nach dem Erholungsort Pearl Harbour übersiedelt, wo sie sich für eine Kautions von 10 000 Dollar frei bewegen können.

Alle nur denkbaren Erleichterungen sind für die Mörder geschaffen worden.

Das amerikanische Blatt berichtet:

„Lachend und plaudernd posierten die Verhafteten, bevor sie von Honolulu nach Pearl Harbour abreisten, vor dem Photographen. Frau Fortescue „machte sich, so gut sie konnte, über ihre ersten Erfahrungen im Gefängnis lustig“. Sie lobte den guten Kaffee, den sie erhalten hatte, und bemängelte nur, daß ihr Schlaf gestört worden sei, wenn Betrunkene ins Gefängnis eingeliefert wurden. Die Dame sprach sich auch sehr anerkennend aus über die Haltung der amerikanischen Presse, die natürlich einmütig für die Weißen Partei nimmt.“

Die „Verhafteten“ scheinen also einen Freispruch zu erwarten, worin sie sich kaum täuschen dürften. Die Eingeborenen verlangen als Sühne für den niederträchtigen Mord an ihrem Landsmann mit Recht ein strenges Urteil.

Bausparkassen werden ausgekehrt

Berlin, 13. Februar.

In den Senatssitzungen des Reichsaufsichts-amtes für Privatversicherung vom 10. und 11. Februar 1932 sind folgende Entscheidungen getroffen worden:

1. Gemäß § 87 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist nachstehend aufgeführten Bausparkassen der Geschäftsbetrieb untersagt worden:

- Baubund Fortuna e. G. m. b. H. in Frankfurt a. M.;
- Allgemeine Bau- und Zwecksparkasse Gesellschaft m. b. H., Dortmund;
- „Freies Heim“ Bauspar-Aktien-Gesellschaft in Köln;
- Allgemeine Bausparkasse Gesellschaft m. b. H. in Köln.

Bei den zu a) und b) genannten Bausparkassen hat der Senat die Einsetzung eines Vermögensverwalters angeordnet.

2. Bei den nachstehend aufgeführten Kassen hat der Senat entschieden, daß gemäß § 88 des Versicherungsaufsichtsgesetzes der Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt wird:

- Mitteldeutsche Bau- und Hypothekensparkasse e. G. m. b. H. in Erfurt;
- „Ehag“ Eigenheim- und Hypothekensparkasse in Hamburg;
- „Hilfe“ Allgemeine Bauspar- und Entschuldungskasse G. m. b. H. in Osnabrück;
- „Alemania“ Bauspar- und Hypothekensparkasse G. m. b. H. in Berlin;
- Allgemeine Bauspar-, Eigenheim- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H. in Köln.

3. Bei der Deutschen Eigenheim-Gesellschaft, Bausparkasse e. G. m. b. H. in Frankfurt a. M. hat der Senat, um die Möglichkeit für eine Sanierung zu geben, gemäß § 89 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ein Zahlungsverbot erlassen.

4. Auf Grund der §§ 2, 93 Nr. 1 in Verbindung mit § 112 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes hat der Senat entschieden, daß die „Deutsche Mittelstandshilfe“ gemeinnützige Kredit-Genossenschaft e. G. m. b. H. in Heide (Holstein) der Aufsicht unterliegt.

Die Entscheidungen sind noch nicht rechtskräftig. Die Entscheungen zu 2 — sowie in den zu 1a und b genannten Fällen der Einsetzung des Vermögensverwalters — haben keine aufschiebende Wirkung.

Memorandumkonflikt vor dem Völkerbund

Berlin, 13. Februar.

Für dem Völkerbundsrat ist heute nachmittag die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Litauen begonnen worden. Staatssekretär von Bülow begründete ausführlich den Antrag der deutschen Regierung und bezeichnete die Maßnahmen des Gouverneurs als eine flagrante Verletzung des Memelstatuts.

Frankreich in der Krisenzone

Paris, 13. Februar.

Die Zahl der amtlich eingetragenen Arbeitslosen in Frankreich betrug am 12. Februar rund 259 000, darunter waren etwa 50 000 Frauen. Gegenüber der Vorwoche bedeutet dies eine Erhöhung um etwa 18 000.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

9. Fortsetzung

Kurz — Bullerjahn denkt, über den Aeger werde er am besten hinwegkommen, wenn er sich zerstreue. Hat er nicht bei der Weihnachtsbescherung im Anhaltiner Hof mit einer Reihe seiner Kameraden aus dem Militärschülerverein einen Tee-Abend für den Sonnabend nach der Generalversammlung verabredet. Das sei der 19. Januar. Er überschlägt die Liste der Einzeluladenden, denkt daran, daß sein Freund Langner, den er erst kürzlich getroffen, auch als Gast dieser schon lange projektierten Veranstaltung zu betrachten wäre und fährt geradenwegs nach Charlottenburg — in den Horstweg, wo Spallek seit 6 1/2 Uhr vor der Wohnung des Leutnants Jost steht.

Er bemerkt Bullerjahn. Die Kette ist geschlossen.

Spallek kann nicht feststellen, daß Bullerjahn das Haus des Jost betritt. Er kann das nicht feststellen, weil Bullerjahn nie in dieses Haus gegangen ist. Bullerjahn begibt sich in die Wohnung des Privatsekretärs Bruno Zanke, bei dem sein Kamerad Georg Langner wohnt. Langner ist nicht zu Hause. Der alte Zanke, der Schwiegervater, empfängt Bullerjahn. Man unterhält sich kurze Zeit, und schließlich verabschiedet sich Bullerjahn mit dem Bemerkung, er könne nun nicht länger warten. Der alte Zanke möge seinem Schwiegersohn bestellen, daß er ihn am 19. Januar mit seiner Braut zum Tee erwarte.

So endet der verhängnisvolle Besuch im Horstweg.

Später hat Bullerjahn angegeben, daß er nach dem zufällig belauschten Gespräch Direktor Schweitzers mit Spallek auf den Gedanken gekommen sei, den Leutnant Jost im Horstweg ausfindig zu machen, ihn zu stellen und von ihm ein schriftliches Anerkennnis zu fordern, daß nicht er, Bullerjahn, der Verräter von Wittenau sei. Er habe sich vorgestellt, der französische Offizier werde dort wohl in einer Fremden-Pension wohnen und gemeint, daß der Leutnant, dem er die Gepflogenheiten deutscher Etappenoffiziere angedeutet, in der stillen Straße doch hätte auffallen müssen. Vielleicht würden ihm die Langners bei der Ausforschung des Offiziers dienlich sein können. Von diesem phantastischen Gedanken sei er aber, während er in Abwesenheit Langners bei Zanke auf dem Sofa saß, abgekommen.

Inquisition 1925

Als am 10. Februar Bullerjahn vorläufig festgenommen und bald danach auf richterlichen Befehl in Haft gesetzt wurde, da war die im Lande herrschende Erregung über die Nichträumung der ersten Rheinlandzone mit Köln noch längst nicht verebt. In der Kammer der Deputierten zu Paris hatte der Kriegsminister General Nollet, vorher selbst Chef der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission in Berlin, bereits am 29. Dezember 1924 verkündet:

„Heute meldet uns ein Telegramm, daß eine überraschend erfolgte Kontrolle dank den Anstrengungen dieser Regierung, solche Ergebnisse gehabt hat, daß die Verbündeten mit Stimmeneinheit den Beschluß haben fassen können, die Zone von Köln nicht am 10. Januar zu räumen.“

Die Erregung über die Funde der Kommission und mehr noch natürlich die über den sicher vorliegenden Verrat, ist bei den Betroffenen und Interessierten groß. Jetzt muß

Hungergürtel noch enger!

London, 13. Februar.

Die Zahlungen aus dem Arbeitslosenunterstützungsfonds haben nach dem soeben veröffentlichten Jahresbericht in dem am 31. März 1931 beendeten Jahr rund 101,3 Millionen Pfund betragen; das ist um rund 47,3 Millionen mehr als im Vorjahre. Die Ausgaben an Krisenunterstützungen betragen 99,3 Millionen und waren um 46,3 Millionen höher als im Vorjahre. Die gewöhnlichen Einnahmen aus den Beiträgen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und des Schatzamtes waren infolge der Depression der Industrie auf 44,5 Millionen zurückgegangen. Der Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen belief sich auf rund 36,4 Millionen Pfund, wodurch sich der Gesamtfehlbetrag des Fonds auf rund 75 1/2 Millionen Pfund erhöht. Die Höchstgrenze für die Verschuldung des Fonds beträgt gegenwärtig 115 Millionen.

Mit anderen Worten: man wird auch in England „reformieren“ und den Kreis der Unterstützungsempfänger, der an sich schon lächerlich eng ist, noch mehr einschränken oder die „Taxe“ erniedrigen. Alles natürlich zur Rettung der „Nation!“ Drei Hochs für die Regierung MacDonald!

um jeden Preis dem Verrat — der Verräter gefunden werden. Das ist nicht nur die Forderung des Tages und der Tage bei den Berlin-Karlsruher Industrie-Werken in Wittenau, das fordert schließlich auch das Reichswehrministerium, das eifersüchtig über allen Rüstungswerkstätten, gewissermaßen als den Trägern des Wehrgedankens, wacht; auch wenn die Vorräte und die Produktion solcher Waffenfabriken gar nicht für seine eigenen Bedürfnisse in Frage kommen. Aber hier handelt es sich um die Unversehrtheit des sogenannten „potentiel de guerre“, der an sich kaum faßbaren bloßen Möglichkeit zur Rüstungserzeugung, der weiten, in normalen Zeiten gar nicht ausgefüllten und gar nicht auszufüllenden Rüstung für den Ernstfall.

Alles schreit nach dem Verräter.

Was liegt näher, als den ohnehin Verdächtigen, den Aufsässigen, der sich immer weiter in das tückisch aufgestellte Netz der Ueberführung verstrickt hat, zu fassen und zu prozessieren? Hat Bullerjahn nicht früher gedroht, er „werde es der Firma schon

anstreichen“? Hat er nicht gedroht, er werde sein Wissen um Verfehlungen wirtschaftlicher Natur an die Staatsanwaltschaft herantragen? Ist so einem nicht auch zuzutrauen, daß er den „Feind“ informieren, daß er den Verrat der heiligsten Güter legaler Wirtschaft, daß er den Verrat von Steuer- und Zoll-Hinterziehungen nicht nur, sondern auch den von illegalen Waffenlagern an die Kontroll-Kommission begehen könne?

Hat er nicht vielleicht auch damit gedroht?

Die kleinen Angestellten, die Lagerverwalter im Werk werden „vernommen“, zunächst nicht von der Kriminalpolizei, sondern bloß von der Werkspolizei und vom Werksjuristen, dem kleinen Dr. Meier, des Generaldirektors mächtiger rechter Hand. Die Direktoren, Gebauer voran, geben gerne ihr Wissen um den schlechten Charakter des in heimlicher Feme Beschuldigten zu Protokoll. Gebauer läuft herum und färbt die Erinnerungen der Leute, die mit Bullerjahn zu tun hatten. Hier wird für die spätere Voruntersuchung jede Zeugenaussage aus dem Werksbereich von

vornherein und entscheidend festgelegt, hier werden die Leute zwar nicht unter Eidenszwang zur wahrheitsgemäßen Bekundung ihres Wissens und ihrer Wahrnehmungen gebracht — man ist ja doch leider als ordentliches Gericht nicht anerkannt... — aber die Voruntersuchung des Werks, die vielleicht am besten den Vergleich mit dem Verfahren etwa bei der Post oder bei der Eisenbahn oder beim Militär aushielte, legt mit dem viel schwerer als der Eid an Gerichtssteile wiegenden Druck der Arbeitsauflösung (die dem Ungehorsamen oder vielleicht nur nicht genügend Anpassungsfähigen droht), die Aussagen für die Voruntersuchung der Kriminalpolizei endgültig fest.

Zu den tausend Verdächtigen der Werksleitung gegen Bullerjahn tritt nun noch als vorläufig ausschlaggebendes Indizium für die Schuld Bullerjahns der Bericht von Spallek, dem Beamten des Werksicherheitsdienstes, der Bullerjahn am Abend des 7. Januar zwischen 7.30 Uhr und 8 Uhr am Horstweg gesehen hat. (Weitere Artikel folgen.)

Organisiert den Hörerstreik!

Berlin, 13. Februar.

Der „SAZ“ wird geschrieben:

Der Rundfunk wird von der vereinigten Reaktion in täglich wachsendem Grade zur politischen und kulturellen Brunnenvergiftung mißbraucht. Das, was den Rundfunkhörer tagtäglich, ja stündlich, an reaktionären und pfäffischen Spitzenleistungen geboten wird, läßt sich kaum noch in der Presse laufend registrieren, geschweige denn eingehend behandeln.

Die Redaktion der SAZ berichtete erst neulich, daß die Deutsche Welle ein Dreigespräch über das Thema „Kommunismus und Eigentumsbegriff“ in letzter Stunde auf Geheiß des Reichsministers Groener widerspruchslos abgesetzt hat, wahrscheinlich, weil dadurch der Staat vollends ins Wackeln gekommen wäre. Zutreffend stellte die Redaktion fest, daß die gerühmte Neutralität links von der SPD aufhöre und daß dem revolutionären Sozialismus das Mikrophon versagt werde. Im besonderen Maße sind die Freidenker von der Benutzung des Mikrophons für die Verbreitung ihrer Weltanschauung ausgeschlossen; denn heute regieren Rom und Mars die Stunde. Aber es sei einmal offen herausgesagt: Die Sendegesellschaften könnten sich eine solche dreiste Herausforderung des sozialistischen Proletariats nicht lange leisten, wenn sich die Arbeiter einmal ihrer Macht wirklich bewußt werden und von dieser

Macht den entsprechenden Gebrauch machen würden.

Dieser Tage erst wurde im Rundfunk bekanntgegeben, daß in Deutschland Ende 1931 fast vier Millionen Rundfunkhörer eingezeichnet waren. Hiervon waren nur 284 000 Hörer mit Rücksicht auf ihre lange Arbeitslosigkeit gebührenfrei. Volle 3 1/2 Millionen Rundfunkteilnehmer (und hierunter ganz naturgemäß ein sehr großer, wenn nicht der größte Teil Arbeiter und Angestellte) zahlen monatlich die hohe Teilnehmergebühr von 2 Mark.

Welch eine nicht zu übersehende Macht könnten alle diese Arbeiter und Angestellten ausüben, wenn sie sich zu einheitlichem Vorgehen gegen eine derartig unerhörte Provokation, wie sie sich die Rundfunkgesellschaften täglich gegen das um seine nackte Existenz kämpfende Arbeitsvolk leisten, entschließen würden. Dem Generalstreik der Rundfunkhörer, der sich die Zurückdrängung des reaktionären und pfäffischen Einflusses auf den Rundfunk und die Anerkennung der Gleichberechtigung der sozialistischen Arbeiter vor dem Mikrophon zum Ziele setzte, würden sicher breite Massen Unterstützung leisten, denen es nicht gleich sein kann, wenn moderne Errungenschaften und unsere Kulturansprüche dem Krummstab und Hakenkreuz zum Opfer gebracht werden.

Wo bleibt aber der große Deutsche

Freidenkerverband mit seinen vielen Mitgliedern? Lebt die Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände noch? Und warum ruft sie nicht zum Kampf gegen die Beherrschung des Rundfunks durch die Hugenberg, Hitler, Dibelius und Co. auf?

Die Kirchnaustreibungsbewegung entzieht der Kirche immer breitere Volksmassen. In Berlin hat allein die evangelische Kirche in den letzten sieben Jahren fast 300 000 Mitglieder verloren; aber auch der katholischen Kirche flohen in diesen Jahren mehr als 40 000 ihrer Mitglieder. Die Zahl der Konfessionslosen innerhalb der Berliner Bevölkerung beträgt gegenwärtig etwa 700 000, d. h. etwa 16 Prozent. Demgegenüber ist der Bevölkerungsanteil der alles beherrschenden katholischen Kirche in Berlin nur etwa 10 1/2 Prozent. Wollten sich auch nur die Freidenker mit ihren Organisationen dazu zusammenfinden, den Generalstreik der Rundfunkhörer vorzubereiten, so würde Herr Groener mit allen Ausnahmegesetzen gegen die Freidenker und selbst bei noch kräftigerer Unterstützung durch Herrn Severing nicht verhindern können, daß am Ende moderner Geist über das Mittelalter und seine Dunkelkammer siegreich bleibt.

Genossen, mobilisiert alle Arbeiter-Organisationen auch für den Kampf um den Rundfunk!

Gemeinschaft proletarischer Freidenker
Bezirk Berlin

Der Schandparagrah

Berlin, 12. Februar.

Das Schwurgericht beim Landgericht III verurteilte am Freitag den Apotheker Heiser wegen Vergehens gegen Paragraph 218 zu sechs Monaten Gefängnis. Heiser war bereits wegen des gleichen Vergehens im Jahre 1923 verurteilt worden. Heiser hatte zuerst eine Zuchthausstrafe erhalten. Das Reichsgericht hob das Urteil aber wieder auf, und die Strafe wurde dann auf drei Jahre Gefängnis gemildert. Heiser mußte auch einige Zeit in der Strafanstalt in Tegel verbüßen. Der Rechtsausschuß des Landtages nahm sich aber schließlich seiner an, weil er ein Mittel verwendet hatte, das die pharmazeutische Industrie vertreibt, und das in Apotheken häufig, allerdings lediglich von Ärzten käuflich zu erwerben sei. Auch diesmal handelte es sich um das gleiche Mittel, das Heiser bereits vor Jahren angewandt hat.

Die Wirklichkeit übertrifft die Romane

Ein tragisches Schicksal ereilte den langjährigen Dirigenten der Gartz'schen Liedertafel in Salzwedel, Konrektor Fritz Kammerath. Bei der Chorprobe des Liedes „Sei getreu bis in den Tod“ brach Kammerath plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Ein Wunder-Ei

In einem Dorf in der Nähe von Rendsburg (Schleswig-Holstein) legte ein Huhn ein riesengroßes Ei im Gewicht von 165 Gramm. Als das Ei in Gegenwart einer Menge von sachverständigen Zeugen geöffnet wurde, fand sich darin ein zweites vollkommen normales Ei, das seinerseits ein Gewicht von 55 Gramm hatte.

Attentat im Gerichtssaal

Rostock, 13. Februar.

Im Verlauf einer Verhandlung zwischen dem Ingenieur Schwiedeps und dem Rechtsanwalt Dr. Moncke vor dem hiesigen Amtsgericht fielen von seiten des Schwiedeps persönliche Beleidigungen. Plötzlich gab die im Zuhörerraum anwesende Frau Schwiedeps auf Dr. Moncke aus einer Pistole einen Schuß ab, der ihn im Nacken traf. Die Verletzung soll nicht lebensgefährlich sein.

15 000 Mark geraubt

Köln, 13. Februar.

Am Freitag um 19.30 Uhr drangen drei maskierte Burschen in den Kassenraum der Rheinischen Energie A. G. in Köln-Deutz in der Mathildenstraße ein, bedrohten den allein anwesenden Kassierer mit Pistolen, kniebelten ihn, banden ihm die Augen zu und zwangen ihn, sich in eine Ecke zu legen. Dann raubten sie aus dem Kassenschrank etwa 15 000 M. Ueber die Täter ist bisher nichts bekannt.

Mord in Chorzw

Königshütte, 12. Februar.

In Chorzw wurde der 45jährige Arbeitslose Paul Lüdeke in seiner Wohnung in einer großen Blutlache am Boden liegend tot aufgefunden. Nach Lage der Dinge muß sich ein heftiger Kampf abgespielt haben. Sämtliche Möbelstücke waren im Zimmer durcheinandergeworfen. Der Tote war unbekleidet.

Kinos für Kinder

In England hat sich ein „Verband für Kinderkino“ gebildet, der eigene, nur für Kindervorstellungen bestimmte Lichtspieltheater gründen will. Der Spielplan dieser Kinos soll vorläufig mit stummen Filmen bestritten werden.

Revision des Staatsanwalts

im Lübecker Prozeß

Lübeck, 13. Februar.

Nachdem die Verteidiger der Angeklagten Prof. Dr. Deycke und Dr. Altstädt Revision gegen das Urteil angemeldet haben, hat die Staatsanwaltschaft ebenfalls Revision gegen den Freispruch für Dr. Klotz beantragt. Somit ist gegen die drei Aerzte Revision angemeldet worden, während bisher gegen die Freisprechung der Schwester Anna Schütze kein Einspruch erhoben worden ist. Es steht nunmehr zu erwarten, daß auch die Nebenkläger Revision anmelden.

Urteil im

Laubaner Totschlagsprozeß

Görlitz, 13. Februar.

Das Görlitzer Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung gegen Mitternacht den 38 Jahre alten Arbeiter Richard Neumann aus Lauban wegen versuchter Notzucht und Totschlags an der jugendlichen Hildegard Schulze zu 12 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Der Staatsanwalt hatte wegen versuchter Notzucht zwei Jahre Zuchthaus und wegen Mordes die Todesstrafe beantragt.

Steinzeit-Siedlungen

Die russische Regierung veröffentlicht Berichte über archäologische Funde in der Gegend des Msimsk- und Pudoga-Sees. Es wurden bisher etwa 50 verschiedene Siedlungen aus der früheren Steinzeit freigelegt und mehr als 10 000 Gegenstände, Waffen, Haushaltgeräte und Schmucksachen ans Tageslicht gefördert.

Schuhe

„Sage mir, wie du gehst, und ich sage dir, wer du bist“, könnte man das Sprichwort variieren. Der Gang eines Menschen, seine Schuhe sagen so viel aus.

*

„Immerhin ist man jetzt wieder zum Derbyschuh oder zum Richelieu, dem Halbschnürschuh, zurückgekehrt. O, es ist nicht der solide, mit sechs oder acht Oesen geschnürte Schuh von einst, er hat nur zwei oder drei Löchlein auf jeder Seite.

Aber das ist schon eine kleine Stütze mehr im Wettlauf um das tägliche Brot...“

*

„Der Trotterschuh für den Morgen soll breit und bequem sein, aus Boxcalf oder amerikanischem Wildschwein, wenn nicht gar Büffel, und bei Regen sollte eine leichte, durch eine Ledersohle vom Schuh isolierte Gummisohle vor dem Eindringen der Feuchtigkeit schützen.“

*

„Straßenschuh: Form Richelieu, bordeauxrotes Wildleder mit gleichfarbigem Seidenstrumpf.“

*

„Am Nachmittag natürlich der Escarpin oder Pumps.

Antilope und Chevreau ergeben reizende Zusammenstellungen. Man macht sehr viel in Braun. Das Vorderblatt in Chevreau, der Rücken aus Antilope und der Absatz wieder aus Chevreau, denn Antilope ist zu fragil.

Eingefaßt ist der Schuh mit einem ein Millimeter breiten Bändchen aus Gold- oder Silberleder. Der Rand soll immer die dritte Farbe abgeben, so will es die Mode. Ein schwarzer Pumps aus Eidechse und Lackleder z. B. kann weiß, ein brauner Schuh wiederum beige paspeliert sein.“

*

„Und für den Abend immer noch die Sandale aus Samt, mit dem Zehenstrumpf aus großmaschigem Netzgewebe (Modell Gastineau).“

(Sport im Bild — „das“ Blatt der deutschen Gesellschaft, Modeplauderei von Claire Goll.)

*

Wir empfehlen den Arbeiterfrauen dieses zum eifrigen Studium. Es geht nicht an, daß sie Tag für Tag von früh bis abends in den gleichen, schiefgetretenen Latschen herumlaufen. Das ist unästhetisch.



„Sage mir, wie du gehst, und ich sage dir, wer du bist!“ — droht man uns.

Da wird kein gutes Urteil herauskommen. Diese Weiber da, aus der „guten“, „besseren“ und „besten“ Gesellschaft, die die Unverschämtheit besitzen, von sieben verschiedenen Schuhen zu „plaudern“ und dabei von einem

Wettlauf ums tägliche Brot

zu reden — das sind die Weiber der Schwerindustrie und ihrer Landsknechte, das sind die Luxustierchen jener Leute, die Hitler finanzieren und die SA auf die Arbeiter hetzen!

Ihre Weiber haben Sorgen: man trägt Wildschwein oder Antilope, mit Gold und Silber eingefaßt! Und abends samtene Sandalen!

Und ihre Herren Gaten setzen derweil den Lohn herab: denn die deutsche Wirtschaft steht am Rande des Abgrunds! Die Arbeiter leben zu gut! Man muß den Lohn kürzen — sonst könnte es eines Tages nicht mehr für sieben Paar Schuhe pro Tag reichen...“

Sage mir, wie du gehst, und ich will dir sagen, wo du hingehörst...“

Die Eiserne Mode-Front

Die Vorbereitungen für die vom 5. bis 11. März im Zoo stattfindende Frühjahrs-Modenwoche des „Moden-Spiegel“ schreiten außerordentlich rasig voran. Die Beteiligung der Modenindustrie ist in größtem Umfange gesichert. Das aufgehellte Programm sieht künstlerische Spitzenleistungen vor, so daß den Besuchern außer den Vorführungen der neuesten Frühjahrsmodelle auch reichlich Unterhaltung geboten wird.

Dem Ehrenauschuß für die Frühjahrs-Modenwoche, die wieder ein gesellschaftliches Ereignis werden wird, gehören an: Frau Polizeipräsident Grzesinski, Frau Katharina von Kardoff, Frau Minister Stressemann, Frau Staatssekretär Weismann, Frau Polizeivizepräsident Weiss. Als künstlerischer Mitarbeiter ist wiederum, wie bei der Herbst-Modenwoche, Architekt Ernst Friedmann gewonnen worden.

(„Berliner Tageblatt“, Nr. 64.)

Das Berliner „Acht Uhr-Abendblatt“ gab unlängst einen Tip für die kommende Saison. Es brachte nämlich zum Ausdruck, daß man in Deutschland bald wieder „Republik tragen“ werde. Diesem Bestreben dient auch die Errichtung der „Eisernen Front“, deren Taufpate auch in dem genannten Blatt zu suchen ist.

Offenbar sind die Ansätze zum modisch gewordenen „Empire“ die Anlehnung an die Kleidertracht der Befreiungskriege, in Konflikt geraten mit dem Modell, das die Republik augenblicklich ausfindig macht, um wieder „getragen“ werden zu können. Wie wichtig diese Frage für Deutschland ist, dürfte aus der obigen Notiz ersichtlich sein, die wir

dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, das ebenfalls als Kampforigan der „Eisernen Front“ Beachtung verdient.

Was also sollen wir Arbeiterfrauen im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus in der Frühjahrsaison 1932 tragen? Wir wenden uns an Sie, SPD-Genossin Grzesinski! Wohl gar „Corselettes à la Eisernen Front“? Ein Modell, das sich durch besonders starke Schnürriemen auszeichnet, um den knurrenden Magen in Zwang zu halten? „Tschako“-Hüte, die im Kopfe der Trägerinnen keine quälenden Gedanken über Gegenwart und Zukunft aufkommen lassen? Und dazu Schuhe, die der Besitzerin die Kraft der sagenhaften Sieben-Meilenstiefel verleihen, damit sie in eine rosige Zukunft schreiten kann?

Wie dankbar sind wir Arbeiterinnen doch, wenn die Frauen unserer Prominenten uns die Sorgen darüber abnehmen, mit welchen modischen Attributen wir das Kostüm vollenden müssen, damit wir uns der Mode gemäß einreihen können in die „Eiserne Front“, Seite an Seite mit Frau v. Kardoff usw. Dann wird auch der Architekt Burg-Friedmann seine Pläne für das klassenkampfbefreite Modehaus für Volksgemeinschaft verwirklichen können.

r. g.

Man macht einen Mörder

„Als vermifft gemeldet wird der Zimmermann Fred G. Brown, der von seinem Zusammensein mit seinen Kollegen im „Little Teddy“ nicht mehr zurückgekehrt ist. Zweckdienliche Angaben unter...“

So oder ähnlich mögen 1916 die Zeitungsnotizen von St. Paul im Staate Minnesota der USA gelauret haben, und scheinbar nicht so bedeutend, um der Nachwelt überliefert zu werden.

Aber wie war das doch vor fünfzehn Jahren in Minnesota? Die Polizei witterte, ihrem Berufe zuliebe, Mord, und die Richter beschlossen angesichts des Mordes die Ernennung eines passenden und zweckmäßigen Mörders.

Fred G. Brown, der Vermifft, hatte gemeinsam mit seinem Kollegen John Delaney das Lokal verlassen — es gab genug Leute in St. Paul, die wußten, was es mit den beiden auf sich hatte.

Der Fall lag einfach! Still sind die Wege um den White-Bear-See, nur die Wellen klopfen gegen das Ufer. Fred G. Brown, der Mann der Frau Binny, und John Delaney, der Geliebte der Frau Binny, gingen die stillen Wege um den White-Bear-See, und nur die Wellen hörten sie gegen das Ufer klopfen. Was war natürlicher, als daß es zwischen ihnen zu einem Streit kam, „im Verlaufe dessen“ Delaney den anderen erschlug? Silbern spielen die Wellen des White-Bear-Sees und feucht im Mond. Und Delaney versenkte die Leiche in den silberfeuchten Wellen des White-Bear-Sees.

Das wußten die Richter, alle wußten es eigentlich, weil es so natürlich war. Der einzige, der davon nicht einmal eine Ahnung hatte, war der Mörder selbst, aber darauf kam es nicht an. Der Zimmermann Delaney wurde auf Grund eines lückenlosen Indizienbeweises zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Unterdessen geschah nichts weiter, als daß die Welt von Grund aus umgekrempelt und unter anderem dieser Delany, Besitzer einer Geliebten und einer Zukunft, zu einem alten,

müden Menschen wurde. Pflichtgemäß schickte 1931 das Zuchthaus ihn in eine Welt, die für ihn verloren war. Er hätte genau so gut Krokus sammeln können oder einer Katze im Vorübergehen das Fell kraulen, aber bald kam der Hunger, und er fuhr nach Arbeit in die kleine Stadt Muluth. Als er aus dem Bahnhof trat, sah ihn jemand sonderbar an und drückte sich schnell an ihm vorüber. Komische Stadt, dieses Muluth, denkt Delany, geht jenem nach und klopf ihm auf die Schulter. Dann sagt er: „Guten Morgen, Fred G. Brown!“

Der andere geht weiter. „Irrtum, ich heiße Georg Smith!“

Delany sagt und stößt jedes Wort einzeln hervor: „Guten Morgen, Fred G. Brown!“ Immer weiter geht der andere, Delany schreit neben ihm her, der Mörder neben dem Ermordeten. Niemand spricht ein Wort. Sie denken, daß die Sonne sehr heiß auf Muluth scheint und setzen sich auf eine Bank.

Endlich lacht Georg Smith: „Binny läßt grüßen! Ich habe sie fünfzehn Jahre nicht gesehen, die Gesetze haben aus ihr eine Witwe gemacht. Aber ich glaube nicht, daß sie auf Dich wartet.“

Delany meint, warum er sich nicht gemeldet hätte damals, als er von dem Mordverdacht hörte.

„Ich lebe hier seit fünfzehn Jahren unter dem Namen Smith. Fred G. Brown ist tot, und die Leute bewahren ihm ein gutes Andenken, auch seine Frau. Man soll das einzige, was einem die Frau je bewahrt hat, nicht auch noch zerstören.“

Warum scheint die Sonne so heiß auf Muluth, nicht wahr, das Leben ist doch so einfach! Es war eine alltägliche Sache passiert, nichts weiter. Ein Ehemann hatte sich an seinem Nebenbuhler gerächt — es war eine alltägliche Sache, aber schlaun und nobel angelegt wie in einem Theaterstück, nach dem die Leute begeistert in die Hände klatschen.

John Delany dachte an sein zerstörtes Leben, das niemals wiederkam, und als er die Fäusta wieder senkte, war Georg Smith, alias Fred G. Brown plötzlich unerwartet und nummehr endgültig bei seinen Vätern versammelt.

Die Richter des Staates Minnesota sind weise, denn sie hatten in kluger Voraussicht Delany für ein Verbrechen abgeurteilt, das er erst daraufhin begangen hat. Und es geht die Richter nichts an, daß er niemals gemordet hätte, wenn sie ihn nicht im voraus dafür bestraft hätten. Niemand würde es wagen, die Richter der fahrlässigen Tötung zu zeihen — denn die Tat, die sie zu sühnen dachten, veranlaßten sie erst. Und nicht nur die Richter des Staates Minnesota allein töteten fahrlässig auf Grund „lückenloser“ Indizienbeweise.

Manche Eltern pflegen ihre Kinder jeden Morgen der Reihe nach durchzuprügeln, „als Strafe für die Untaten, die sie vielleicht im Laufe des Tages begehen werden. Stockschläge auf Vorschub.“

John Delany hat ein Guthaben von Zuchthausjahren. Ob es ihm gutgeschrieben wird? L. Schäfer.

Mozart-Tonfilm

Ein französischer Tonfilm über Mozarts Leben wird z. Zt. von dem bekannten Regisseur Henry Roussel gedreht. Der Film beginnt mit Mozarts zweiter Reise nach Paris und endet mit seinem Tod.

Maria Leitner
HOTEL AMERIKA

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

46. Fortsetzung.

„Du zitterst ja, Süßes.“ Die Negerin legt ihre Arme um Shirleys Schultern. „Warum regst du dich auf, Shirley? Das hilft gar nichts, damit kommt man nicht vorwärts. Glaube mir, man muß es schon auf eine andere Weise versuchen.“

14.

Die Kontrolluhren beginnen wieder zu knarren. Schichtwechsel.

Es gehen die Negerinnen, die Chinesinnen, die Spanierinnen in bunten, billigen Kleidern zurück in ihre Quartiere. Es gehen laut, schwerfällig Hausmänner, Fensterputzer, Handwerker; es kommen Heizer, Nachtwächter, Kellner. Es kommen Köche, es gehen Küche, es kommen Stubenmädchen, es gehen Stubenmädchen. Kommen, Gehen, Kommen, Gehen — es ist Schichtwechsel, die Kontrolluhren knarren.

Vor dem Ausgang des Personals stauen sich die Massen, man hört Zurufe, Lachen, Grüße.

Die Portiers beobachten aufmerksam die Ausgänge. Keiner darf unbemerkt mit einem Paket hinaus.

Zwischen den Kommenden und Gehenden erscheint heute zahlreicher als sonst Aufsichtspersonal. Man achtet darauf, daß keine Gespräche in Gang kommen, damit die Kommenden von den Gehenden keine Aufklärung

über die Ereignisse des heutigen Tages erhalten.

Es stehen oder sitzen aber auch manche auf den Treppen wie auf dem Boden herum, die nicht fortgehen, die sich nur das Treiben bis zum Essen ansehen oder auf jemanden warten.

Shirley ist da, blaß und unruhig; die Ungewißheit quält sie immer stärker. Sie hatte erwartet, daß man ihr nach Arbeitschluß eine Anweisung auf ihren restlichen Lohn geben und auf ihre weiteren Dienste verzichten würde; doch nichts von alledem. Scheinbar will die Direktion alles vermeiden, was die Stimmung des Personals erregen könnte.

Shirley weiß jetzt nicht, was zu beginnen. Sie weiß nicht, wie sie mit ihrem Freund in Verbindung treten könnte. Auf telephonische Anrufe in seinem Zimmer bekommt sie keine Antwort. Sie kann auch nicht mehr auf die Gasterkorridore; als sie wieder nach oben wollte, um sich persönlich zu erkundigen, wurde sie von Frau Magpag verjagt.

„Du bist ja so fleißig, Shirley, man ist das von dir sonst nicht gewohnt, du willst sogar dann arbeiten, wenn keine Arbeit mehr für dich da ist.“

Ach, diese Frau Magpag! Ob sie wohl etwas ahnte? Jedenfalls: hinauf konnte sie nicht mehr. Wie sollte sie nun ihren Freund suchen? — heute, wo sie den ganzen Tag über so sicher war, von hier fort zu können? Ein Versuch, in die Hotelhalle zu gehen

und dort auf ihn warten, ist von vornherein zwecklos. Man würde sie erkennen und fortscheuchen. Für Angestellte war es nicht möglich, Gast zu spielen.

Der neue Küchenjunge Fritz hält sich auch beim Ausgang auf und blickt immer wieder zu ihr herüber. Shirley bemerkt das wohl; aber jetzt, wo sie selbst große Sorgen hat, hat sie keine Lust, sich mit ihm zu unterhalten.

Fritz kauert auf dem Boden; er sieht sehr müde, fahl und abgepannt aus. Man merkt es ihm an, daß ihn die Arbeit mitgenommen hat.

Er wartet auf seinen Freund, den Nachtwächter.

Als Heinrich Klüter durch das Tor kommt und den Freund erblickt, strahlt er förmlich.

Sie begrüßen sich, als hätten sie sich seit langer Zeit nicht gesehen.

Heinrich Klüter hat Fritz Sandwiches mitgebracht.

Fritz springt auf und massiert seine Glieder.

„Mensch, man merkt es, wenn man arbeitet, ich bin ganz krumm geworden, soviel mußte ich hin und her springen. Aber es war ein toller Tag, es fehlte nicht viel und wir hätten einen richtigen Streik bekommen. Aber vielleicht kommt es noch einmal zum Klappen; gäbe es nur noch mehr so Tüchtige wie dieses Mädels hier.“

Fritz steht jetzt bei Shirley.

„Das ist Shirley O'Brien.“

Und zu Shirley:

„Habe ich deinen Namen richtig behalten?“

„Du hast meinen Namen richtig behalten, aber ich mag es nicht, wenn man sich dumme Scherze mit mir erlaubt.“

„Scherze? Heinrich, du hättest das Mädels hören müssen, wie sie dem Direktor ihre Meinung gesagt hat. Feige ist sie nicht, das ist sicher. Hat man dich nicht entlassen?“

„Nein, man hat mich nicht entlassen.“

„Siehst du, man hat doch Angst vor uns.“

„Vielleicht bin ich eine so tüchtige Arbeitskraft.“

„Wolltest du nicht heute reich werden, als Gast wiederkommen?“

„Ja, das will ich noch immer; du kannst mich ruhig auslachen, ich kümmere mich nicht darum.“

Heinrich Klüter will alles Nähere erfahren. Aber es ist heute nicht so einfach, etwas zu berichten. Leute, die sonst unter dem Personal nicht zu sehen sind, versuchen sich der Gruppe anzuschließen. Heinrich Klüter kennt sie alle. Sobald die der großen Masse der Angestellten unbekanntes Gesichter auftauchen, versucht er das Gespräch in andere Bahnen zu lenken.

Fritz will jedoch immer wieder von den Erlebnissen des heutigen Tages erzählen.

„Du hättest bloß sehen sollen, wie alles durcheinandergering in der Küche, nur weil das Hilfspersonal einige Minuten fehlte. Da merkt man erst, daß wir doch nicht so überflüssiges Füllsel sind. Ohne uns geht es doch nicht, und wenn wir auch die niedrigste Arbeit verrichten.“

„Das kann ich mir denken, daß es ohne dich nicht geht.“

Heinrich Klüter sieht liebevoll, wenn auch etwas spöttisch, auf seinen Freund.

„Ja, ohne uns alle geht's auch nicht, glaube mir, wir können das nicht oft genug eingehämmert bekommen. Wir müssen es selbst mit eigenen Augen sehen, dann merken wir erst, daß wir eine Macht sind, und nichts auf der Welt ist wichtiger, als daß wir das wissen. Wir sind mächtig. Hab' ich recht, Shirley O'Brien?“

„Nein, wir sind nicht so mächtig; ganz im Gegenteil, mit den Leuten, die kein Geld haben, kann man tun, was man will, die müssen alles ausbaden. Nur wenn man Geld hat, kann einem nichts Böses geschehen, sonst ist man ein Sklave.“

„Da hör' einer an, wie die Kleine spricht! Ich möchte nur wissen, von wo sie all die Weisheit her hat.“

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die prägesetzliche Verantwortung.

Gefahren der Programm-Diskussion

Von Richard Kleineibot

Die Diskussion um das Programm der SAP hat eingesetzt mit dem Tag ihres Entschens. Das ist gut so. Klarheit und Klärung ist notwendig. Und Sicherheit beginnt mit Zweifel. An manchem ist von manchem schon zu zweifeln begonnen worden. Rede und Gegenrede haben ihre Wirkung getan. Der Streit um den richtigen Weg wird mit erneuertem Interesse und größerer Schärfe einsetzen, wenn neue Programmwürfe der Parteiöffentlichkeit vorliegen. Auch das ist gut. In diesem Sinn ist das griechische Wort, daß der Streit der Vater aller Dinge sei, richtig. (Daß die Militaristen aller Zonen das griechische Wort einseitig mit „Krieg“ übersetzt haben, ist eine der üblichen Verfälschungen.)

Eine Gefahr für die Diskussion ist die Neigung, Argumente mit einer moralischen Wertung, mit der Aufstellung eines revolutionären Sittenkodex zu verknüpfen und so Parteigenossen erster und zweiter Klasse zu schaffen. Das führt notwendigerweise zu Dogmatismen, zur Unterdrückung der wahren Meinungsfreiheit; denn es ist nicht jedermanns Sache auszusprechen, was er denkt, wenn er Mißverständnis und Deklassierung zu fürchten hat. Mit diesem beliebten Brauch, das Denken lahmzulegen, muß entschieden gebrochen werden.

Es ist im Rahmen eines kurzen Diskussionsartikels nicht möglich, die Begriffsverwirrung erschöpfend zu behandeln. Aber einige Proben werden genügen, um zu illustrieren, was gemeint ist und worauf es ankommt.

Oft erlebt man, daß dem Gegner statt einer fruchtbaren Auseinandersetzung die Gretchenfrage entgegengehalten wird: Wie stehtst du zur Sowjetunion? Und wehe dem Zweifeler, der ausspricht, daß in Rußland nicht das Proletariat diktiert, sondern eine Bürokratie, daß dort heute nicht Sozialismus, sondern Staatskapitalismus verwirklicht ist. Daß Sowjets, Räte, also Selbstverwaltung der Arbeiterschaft (von der Bauernschaft ganz abgesehen) praktisch nicht mehr existieren, daß die absolutistische Diktaturmethode vielleicht bei dem ökonomisch-politischen Zustand in Rußland angebracht ist, sich aber in den ganz anders entwickelten europäischen Industriestaaten verbietet; und was dergleichen Bedenken mehr sind. Sprich es aus und schon bist du gebrandmarkt als „Antibolschewist“, als Reaktionsär und, was beinahe das schlimmste Schimpfwort ist, als „Reformist“.

Das Wort Reform und Reformismus hat eine ihm garnicht gebührende moralische Entwertung erfahren. Grund: die Theorie der SPD und die Schlagwortagitation der KPD hat einen ganz unangebrachten, ausschließenden Gegensatz zwischen Reform und Revolution künstlich geschaffen. So ist aus einem „Sowohl-Als auch“ ein „Entweder-Oder“ geworden. Gegen die Lehre von Marx, der sich schwer gehütet hat, das eine vom anderen zu trennen (Frage des Zehnstundentags!). Es ist damit ein für die Erkenntnis wesentlicher Tatbestand nicht nur verschleiert, sondern entstellt worden. Nämlich der, daß es gar nicht wahr ist, wenn die SPD-Führung behauptet, eine reformistische Politik getrieben zu haben. Sie hat fast ausschließlich eine rein konservative, ja bisweilen (gerade jetzt zum Beispiel) reaktionäre Politik getrieben, also nicht fortbildende Maßnahmen ergriffen, sondern retardierende, verzögernde. Ihre politische Praxis mit Reformismus gleichzusetzen ist eine unverdiente Ehrung. Wie es eine unverdiente Entwertung des „Reformismus“, des Klassenkampfes mittels Reformen und Reformforderungen ist, den Begriff aus der politischen Praxis der SPD herzuleiten. Wir sollten uns um des klaren Begriffs willen angewöhnen die Politik der SPD als das zu bezeichnen, was sie im Grunde ihres Wesens ist, als konservativ, dann wird der scheinrevolutionäre Sittenkodex überflüssig und die Diskussion dahin geführt, wohin sie gehört, aufs sachliche Gebiet.

Ein ganz ähnliches Bild ergibt die Diskussion um die Frage Demokratie oder Diktatur des Proletariats. Wiederum wird politische Demokratie gleichgesetzt mit etwas, was gar keine ist, nie eine war, und wieder wird so ein künstlicher Gegensatz konstruiert. Im Staat von Weimar hat es eine wirkliche politische Demokratie nie gegeben. Es fehlten die meisten Voraussetzungen für den gleichen Start beim Wettlauf um die Macht im und über den Staat. Es waren nur Elemente der politischen Demokratie 1918 freigesetzt, vor allem freies und gleiches Wahlrecht, Parlamentarismus als Form. Es ist wieder die Schuld der SPD-Politik, diesen Zustand als vollendete Demokratie ausgegeben und dadurch den Begriff und die Sache beinahe

bis zur Urheilbarkeit degradiert zu haben. Es ist über dies Kapitel sehr Gutes und Klares in dem vierten Band der marxistischen Bücherreihe von Anna Siemsen ausgeführt worden, worauf deshalb hier verwiesen sei, weil es den Rahmen eines Artikels sprengen würde, den Tatbestand darzulegen und den Begriff wieder zu läutern. Nur so viel sei zur Denkanregung gesagt, daß (auch die eingeschränkte) Demokratie und die Diktatur des Proletariats sich keineswegs ausschließen, sondern vielmehr ergänzen, daß beide Formen des Klassenkampfes sind, deren jeweilige Anwendung sich aus dem Stand der Klassenkräfte ergibt; daß Parlamentarismus an sich nicht konterrevolutionär ist, seine Handhabung freilich zur Begünstigung konterrevolutionärer Zustände führen kann, und in Deutschland durch die Praxis der SPD dazu geführt hat. Da gilt es sehr genau zu unterscheiden, sonst wird das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Und es kommt dann zu der Verwechslung zwischen Diktatur des Proletariats, welche eine Art der Machtausübung der proletarischen Mehrheit gegen die (rebellierende) kapitalistische Minderheit ist, mit der Konzeption eines Hitler, die in Terrorismus und „Könerollen“ gipfelt, die nichts anderes ist als die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit, also ganz gewiß keine proletarische.

In diesem Zusammenhang gehört auch die Frage nach dem Räte-system. Man würde den gleichen Fehler begehen, wie ihn die SPD hinsichtlich des Parlamentarismus begangen

hat, wollte man von der Einrichtung als solcher schon eine revolutionäre, unbedingt dem Sozialismus dienende Wirkung erwarten. Es wäre der gleiche Aberglaube und Wortfalschismus, dessen sich die SPD (und mit anderem Vorzeichen die KPD) schuldig gemacht haben. Das Funktionieren eines Räte-systems hängt einmal von dem ökonomischen Reife grad ab (den wir in Deutschland als vorhanden voraussetzen dürfen) und dann von dem politischen Reife grad, der erst noch innerhalb der Arbeiterschaft zu schaffen ist. Hier gerade hat die Aufklärungsarbeit der SAP einzusetzen, und es gehört dazu, daß sie sich jedem Aberglauben an die Allmacht einer Form, jeder Wortanbetung, die gedankenleer sein muß, entgegenwirft.

Damit beginnt sie am besten in den eigenen Reihen. Man soll ja immer zuerst vor der eigenen Tür kehren. Die Schwere der revolutionären Aufgabe darf nicht künstlich durch Vertrauen in Worte und bestimmte formale „Erunggenschaften“ verkleinert werden. Sonst werden die objektiv so günstigen Aussichten durch den subjektiven, den politischen Faktor zunichte gemacht. Die Programmdiskussion muß zum Ziel haben, den bestmöglichen Weg zur Gewinnung der proletarischen Massen und damit zur Voraussetzung der Machtergreifung zu zeigen; das Programm muß wie eine Seekarte den Weg mit seinen verschiedenen Etappen skizzenhaft aufzeichnen, damit aus ihm jederzeit Standortbestimmung und allgemeine Orientierung gewonnen werden kann. Die Nordwagung heißt natürlich Sozialismus, aber nicht darf das Programm der SAP eine Sammlung von Glaubensartikeln sein (noch die Diskussion sich an solchen orientieren); denn wir dürfen nicht zu einer Sekte werden (für die das gut sein mag), sondern zum Motor der proletarischen Bewegung. Und der kann in Gang gehalten werden nur mit dem dauerhaften Brennmaterial tiefster Überzeugung, verbunden mit klarster Erkenntnis und schärfster Verstandes-anwendung.

Klarheit über kommende Aufgaben!

Von Walter Gebüet

In der Tribüne der SAZ vom 31. Januar hat Genosse Salomon auf kommende Aufgaben hingewiesen. Es wäre begrüßenswert, wenn eine rege Diskussion darüber geführt werden würde, da wir ja früher oder später die Probleme einmal lösen müssen. Die nachfolgenden Ausführungen wollen ein bescheidener Versuch sein, den Dingen etwas näher zu kommen.

Es sind einige Grundfragen, über die wir uns Klarheit verschaffen müssen und die für uns von größter Wichtigkeit sind. Ich sehe das als erstes Problem die Frage, wie die deutsche Landwirtschaft nach der Machtergreifung zu gestalten wäre. Bei der Behandlung dieses Problems ist wiederum wichtig, sich darüber klar zu sein, ob das Schwergewicht der landwirtschaftlichen Produktion auf die Erzeugung von Konsumgetreide über den Eigenbedarf der landwirtschaftlichen Bevölkerung hinaus zu legen ist, oder auf die Viehwirtschaft mit allen ihren Nebenprodukten. Es ist ferner wichtig, darüber Untersuchungen anzustellen, welche Betriebsform in Deutschland die Norm bilden könnte, ob die individuelle Bauernwirtschaft, ob die Dorfkollektive oder ob die Staatsgüter in Form von Riesenfarmen. Für Deutschland als Industrieland könnte wohl am ehesten die Form der Dorfkollektive in Betracht kommen, weil zur Schaffung solcher Bauernkollektiven die günstigsten Voraussetzungen in dem Bestand der Millionen kleinen und mittleren Bauernwirtschaften vorhanden sind und die Bildung der Kollektivwirtschaften die geringsten Kosten erfordern würde. Außerdem wäre es sicher durch Auflösung des Großgrundbesitzes möglich, neue Bauernstellen zu schaffen, um so den Zuzug zur Industrie einzudämmen. Das Schwergewicht der landwirtschaftlichen Produktion wäre wohl mehr auf die Viehwirtschaft mit ihren Nebenprodukten Milch, Butter, Käse, Eier usw. zu legen, um Brotgetreide für die Stadtbevölkerung als Austauschmittel gegen Industrie-Erzeugnisse einführen zu können.

Ein zweites Problem ist die Frage der Fortführung der Industrie. Es dürfte wohl keinen Industriezweig geben, an dem wir Mangel haben, vielmehr glaube ich, daß es notwendig sein könnte, kleinere unrentable Betriebe zu schließen, um die Produktion in den modernen Großbetrieben auf erhöhter Stufenleiter fortzuführen. Wichtig ist ferner, sich darüber klar zu werden, welche Betriebe für die Stilllegung in Frage kommen, welche Großbetriebe mit dem geringsten Kostenaufwand erweiterungsfähig sind, welche Industriezweige als erste wieder in Gang gebracht werden müssen. Bei der Behandlung dieses Problems wird die Frage der Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß eine sehr wichtige

Rolle spielen müssen, und wenn wir heute schon den Millionen Erwerbslosen die Perspektive zeigen könnten, daß auch für sie im sozialistischen Räte Deutschland wieder ein Arbeitsplatz vorhanden ist, so wäre das ein großes Plus für unsere Tagesarbeit.

Ein drittes Problem ist die Frage der Verteilung der Konsumgüter, also die Frage der Gestaltung des Handels. Es ist dies vielleicht eines der schwierigsten Probleme, weil hier die Konzentration durch den Kapitalismus noch am wenigsten vorwärtsgetrieben ist, wenn auch Konsumgenossenschaften, Warenhaus und Einheitspreis-Konzerne schon ein beträchtlicher Anfang sind. Es wird sich auf diesem Gebiet sicher als notwendig erweisen, eine ganz beträchtliche Anzahl bestehender Existenzen aufzuheben. — Eine wichtige Aufgabe können bei der Neuorganisation der Warenverteilung sicher die bereits bestehenden Konsumgenossenschaften, zu mindestens auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, übernehmen.

Als viertes Problem sehe ich das Bank- und Finanzwesen. Auch hier wird man sich Klarheit verschaffen müssen, wie die Organisation vor sich zu gehen haben wird, welche Aufgaben Banken und Sparkassen zu bewältigen haben werden usw.

Und schließlich als fünftes Problem möchte ich noch kurz den kulturellen Aufbau erwähnen. Auf vielen kulturellen Gebieten, z. B. im Schulwesen, wird man zu einem völlig neuen System, zu völlig neuen Methoden kommen müssen.

Noch manches andere Gebiet bedarf gründlicher Erforschung, wie z. B. das Bauwesen, Verkehrswesen usw. Zweck dieser Zeilen soll sein, einmal ganz kurz die Aufgaben aufzuzeigen, die von uns in der Periode nach der Machteroberung zu lösen sein werden, ohne damit alles erschöpft haben zu wollen. — Wichtig ist es aber, sich diesen Dingen heute schon zu widmen, denn das eine ist klar, daß die Probleme nicht von einzelnen Köpfen gelöst werden können, sondern daß dazu nötig ist die gründlichste Diskussion der Probleme im Kreise der Genossen, die für die Einzelfragen Kenntnis besitzen. Das darf aber nicht wahllos geschehen, sondern muß organisch aufgebaut sein. — Ich denke mir das etwa so, daß in den verschiedenen Wirtschaftsbezirken eine Art Wirtschaftsrat zusammengerufen wird, der dann für die verschiedenen Fragen Genossen in den einzelnen Industrie-, Handels- und Landwirtschaftszentren mit der Ausarbeitung von Wirtschaftsplänen beauftragt. — Dann werden in diesen Gemeinschaften von interessierten Genossen die Probleme diskutiert werden müssen, und auf diese Weise könnten wir zu einem organischen Wirtschaftsplan kommen, der eine Maximal- und eine Minimalgrenze haben

könnte, um so für die praktische Durchführung einen gewissen Spielraum zu haben. — Durch die Diskussionen würden wir aber auch genügend befähigte Genossen heranbilden, die die einzelnen Funktionen im Wirtschaftsleben übernehmen könnten.

Resolutionen —

Resolutionen . . .

Neulich fand ich irgendwo die Auffassung vertreten, daß zu einer ichtigen großen Kundgebung auch eine Resolution zum Schluß gehöre. Das sieht dann so aus: „Fünfhundert Männer und Frauen, die am 1. Februar in Richards Festalen versammelt sind, protestieren ganz entschieden gegen . . . und verlangen sofortige Auhilfe“. Der Stil ist geschwollen, das Pathos hohl und die Wirkung gleich Null. Es folgt eine Abstimmung durch Heben der Hände. Der Vorsitzende stellt Einmütigkeit fest. Die Resolution, einstimmig angenommen, Stimmhaltung macht die Sache noch interessanter, bekommt eine Unterschrift, vielleicht auch noch einen Stempel, — denn nur gestempelte Dokumente sind nach deutscher Auffassung echt —, wird in einen frankierten Umschlag gesteckt und landet unter 200 anderen Briefen auf dem geräumigen Schreibtisch eines Sekretariats. Ein geschäftiger Beamter reist die Umschläge auf und kontrolliert die Eingänge, immer an die Instruktion denkend: „In diesen Tagen sind Proteste zu erwarten. Belästigen Sie mich nicht damit, ich habe dringende Geschäfte zu erledigen!“ — Und so kommt es dann, daß in Tausenden von Protestversammlungen jeden Abend Tausende von geschwollenen Resolutionen angenommen werden, die dann ein paar Tage darauf in den nicht protestierenden Papierkorb wandern. In einer Zeit, wo die Demokratie systematisch abgebaut wird, halte ich diese demokratische Selbstversorgung des kleinen Mannes für einen sinnlosen Unfug und ein Verbrechen am demokratischen Prinzip. — Die Dinge gehen heute den ihnen von der herrschenden Klasse gewiesenen Weg. Resolutionen von sehn- bis zwanzigttausend Menschen mögen in einer wirklichen Demokratie Zweck haben, ergo sind sie heute zwecklos. Der Gedanke des Völkerbundes an sich ist gut, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, in denen er ein Instrument des internationalen Kapitals ist, an ihn festzuhalten, bedeutet eine gefährliche Diskreditierung seiner selbst. Mit der Demokratie ist es nicht anders. Auf zweitausend proletarische Proteste wird auch die bürgerliche „Demokratie“ — ein Widerspruch in sich — zweitausend Zustimmungen vorweisen können — immer unter Berufung auf die „Demokratie“.

Was hat dann dieses Festhalten an dem Resolutionsunfug überhaupt noch für einen Zweck? Da versucht ihr mit großem Stimm-aufwand die Notwendigkeit einer Protestaktion nachzuweisen, und was übrig bleibt, ist eine Resolution, die im Papierkorb endet. Resolutionen, vom unterdrückten Proletariat an die Funktionäre der herrschenden Klasse gerichtet, sind Schlafmittel für die Arbeiterklasse. Kein Hahn kräht mehr danach. Die Bourgeoisie ist von der Harmlosigkeit dieser Resolutionen viel zu sehr überzeugt. Obwohl der amerikanische Staat die Proteste wagnisse bekam, obwohl die Arbeiterklasse der ganzen Welt demonstrierte, — der Justizmord an Sacco und Vanzetti geschah doch! Resolutionen sind beinahe zu einer „gesellschaftlichen Lüge“ des Proletariats geworden, wenn man so sagen darf: eine Geste, eine Formalität, eine parlamentarische Gewohnheit — und nichts Konkretes steckt dahinter — Ihr seid es eben nur so gewöhnt, es ist ein kritiklos akzeptiertes Erbe von der Sozialdemokratie. Ihr habt noch nie über die Zwecklosigkeit dieser Gewohnheit nachgedacht. Wißt ihr denn immer noch nicht, daß in der Wagschale der bürgerlichen „Demokratie“ mit dem Phantom des gleichen Stimmrechts hunderttausend Proletarier noch nicht den Willen eines einzigen Rührmagnaten aufwiegen? Eure Resolutionen, an den lieben Gott gerichtet, der nur so lange „lieh“ ist, als es sich mit seinen Interessen verträglich, sind nicht nur zwecklos, sie sind — schädlich! Ihr erreicht das Gegenteil von dem, was ihr zu erreichen beabsichtigt! Die fünfzehnhundert Menschen, die eurer Resolution zustimmen, glauben nämlich mit ihrer Zustimmung ihre Pflicht getan zu haben. Die Wirkung eurer Resolution mag bestenfalls unmittelbar sein, sie ist aber niemals für den einzelnen nachhaltig, — und darauf kommt es gerade an. Das Unrecht frißt nicht an diesen Menschen, es läßt sie eine Stunde später bereits ruhig schlafen, und am nächsten Morgen denken sie schon nicht mehr daran. Ihr nehmt ihnen den Kampf mit sich selbst. Ihr laßt sie an den Erfolg einer Sache glauben, die zur Erfolglosigkeit verurteilt ist. Ihr konserviert den Glauben an eine Demokratie, die bereits bis auf den letzten Rest zertrümmert ist, weil die ökonomischen Kräfte die allein bestimmenden Faktoren sind. Ihr verhindert das Proletariat an der Erkenntnis, daß es mit Appellen an die herrschende Klasse nichts erreicht. Ihr schwächt die proletarische Kampfkraft und mildert den Haß gegen das bestehende System, von dem wir kein Recht erwarten können. Die Tage der Resolutionen sind vorbei. Das Proletariat muß eine stärkere Waffe verwenden! Herbert Duckstein.

Jugendblatt der SAZ

Aufgaben der sozialistischen

Hans Steinitz, Berlin

Studenten-Bewegung

I.

Lange Zeit hat man in der modernen Arbeiterbewegung die Funktion, die die Hochschulen im Klassenkampf spielen, nicht genügend beachtet. Man hat nicht gesehen, daß durch das zur Zeit geltende Ausleseprinzip, durch das Bildungsprivileg der besitzenden Bevölkerungsklassen Jahr für Jahr dem Bürgertum ein gewaltiges Heer geschulter Funktionäre von den Hochschulen zugeführt wird, und man hat übersehen, daß der größte Teil der Studenten, aufgewachsen in dem Gedankenkreis des Bürgertums und durch einen veralteten Studiengang von allen drängenden Zeitproblemen ferngehalten, heute bereit ist, für nationalistiche Phantome und kapitalistische Profitinteressen gegen das um seine Existenz ringende Proletariat zu kämpfen. Man hat nicht bedacht, daß — wie

II.

In der revolutionären, aufgelockerten Atmosphäre der ersten Nachkriegsjahre bilden sich die ersten deutlichen Ansätze zu sozialistischen Gruppen auf den Hochschulen. Zunächst primitive Organisationsformen, marxistische Diskutierklubs, meist lokal begrenzt, unabhängig von den politischen Parteien, kristallisieren sich allmählich, in einem langwierigen Entwicklungsprozeß, von mancherlei Schwankungen, Rückschlägen, heftigen Auseinandersetzungen unterbrochen, feste, straff organisierte Studentenkaders heraus: Die „Sozialistische Studentenschaft“, trotz verschiedener Gegenströmungen eng mit der Sozialdemokratischen Partei gebunden; neben ihr eine Sympathisierendorganisation der KPD, die „Rote Studentengruppe“, in der die Fraktion der KPD-Mitglieder ausschlaggebende

sätze, die zu einer wirklichen Einheitsfront ausgebaut werden müssen, sind auch bereits von zahlreichen anderen Hochschulen zu melden. Der Sozialistische Studentenverband wird ferner versuchen müssen, die sozialistische Einheitsfront dadurch zu verstärken, daß er an die große Masse der kleinbürgerlichen und minderbemittelten Studenten, die heute indifferent sind oder beim Faschismus stehen, herantritt, ihnen die Ausweglosigkeit ihrer sozialen Lage innerhalb des kapitalistischen Systems klar macht und versucht, die gefühlsmäßigen antikapitalistischen Tendenzen, die bei einem Teil von ihnen zweifellos vorhanden sind, umzuformen in bewußte sozialistische Kampfbereitschaft. Freilich ist die Verwirklichung dieser schönen Vorsätze nicht leicht; aber der Sozialistische Studentenverband wird sich an diese Arbeit heranzusetzen müssen, und unsere Genossen werden sich dabei durch keine Rückschläge und Mißerfolge entmutigen lassen dürfen.

Aber bei aller Aktivität nach außen hin darf trotzdem die marxistische Schulungsarbeit nicht vernachlässigt werden. Es kann im Rahmen dieses Artikels nicht im einzelnen untersucht werden, wie wir am besten die Lücken der bürgerlichen Wissenschaft, die an der Hochschule gelehrt wird, ausfüllen, und wie wir jene technisch geschulten Funktionäre heranbilden, die die Arbeiterbewegung braucht, — das wird noch Gegenstand eingehender Erörterungen sein müssen. Aber eine große Leitgedanke unserer gesamten Tätigkeit, der Bildungsarbeit wie der Agitation nach außen, muß hier ausgesprochen und immer wieder nachdrücklich betont werden: Studentenarbeit ist für uns nicht Selbstzweck, sondern wir betrachten sie nur als eine Teilkategorie des großen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Die Mitglieder des Sozialistischen Studentenverbandes sind verpflichtet, aktiv in den Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung (Parteien, Gewerkschaften, Kultur-, Sport-, Wohlfahrtsorganisationen usw.) mitzuarbeiten; denn diese aktive Mitarbeit unserer Genossen kann besser als alle schönklingenden Resolutionen und Programmklärungen unsere Zugehörigkeit zur sozialistischen Arbeiterbewegung beweisen.

Deutsche Jugend von heute



Die Nazistudenten von Berlin, deren fortgesetzte Überfälle auf sozialistische Studenten doch einmal mit einer Verurteilung wegen Landfriedensbruches endeten. — Ein Blick auf die arischen Gesichtszüge der Hakenkreuz-Kommissionen beweist die Berechtigung der nationalsozialistischen Forderung: es muß aufgenordet werden!

heute schon in Rußland — auch in Westeuropa das Proletariat einmal technisch geschulte Funktionäre, „Spezialisten“, in großer Zahl brauchen wird; — und aus allen diesen Gründen ist es erforderlich, das Versäumte nachzuholen und den Kampf um die Hochschule als einen Teil der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung zu betrachten.

Die hochtrabenden Worte der Weimarer Reichsverfassung, „für den Zugang Minderbemittelter zu den Hohen Schulen sind öffentliche Mittel bereitzustellen“, sind leere Versprechungen geblieben. Auch heute noch, 13 Jahre nach Schaffung des „sozialen Volksstaates“, stammen nur 2 Prozent der Studenten aus der Arbeiterschaft, während das mittlere und kleine Bürgertum mehr als zwei Drittel aller deutschen Studenten stellt! Diese Tatsache, die man sich immer wieder vor Augen halten muß, macht es verständlich, warum dem Vordringen sozialistischer Gedankengänge unter den Studenten so ungeheure Schwierigkeiten entgegen stehen und warum sich die deutschen Hochschulen in den letzten Jahren zu Stützpunkten des Faschismus entwickelt haben.

Der Ansatzpunkt sozialistischer Hochschulpolitik muß also der Kampf gegen das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen sein. Freilich muß man sich dabei von der Illusion freimachen, als ob im kapitalistischen System jemals entscheidende Breschen in dieses Bildungsprivileg geschlagen werden könnten. Man muß sich darüber klar sein, daß das gegenwärtige Bildungswesen und das unsoziale Ausleseprinzip Bestandteile der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sind und nur mit dieser beseitigt werden können. Trotzdem müssen wir aber bereits heute durch klare, gegenwartsnahe Kampfparolen Wege für die Zukunft aufzeigen und durch Kampf für soziale Gebührenstaffelung, Beseitigung des völlig verfehlten Examinens- und Berechtigungswesens und tiefgreifende Umgestaltung des starren und veralteten Unterrichtswesens die Masse der aus dem mehr und mehr proletarischen Kleinbürgertum stammenden minderbemittelten Studenten aktivieren. Und hier setzen die Aufgaben der sozialistischen Studentenorganisationen ein.

den Einfluß hat. Die „Sozialistische Studentenschaft“, mit den bürgerlich-republikanischen Gruppen in einer Dachorganisation, dem „Deutschen Studentenverband“, zusammengeschlossen, treibt fadeste Koalitionspolitik für die Verteidigung und den „Ausbau“ der bürgerlichen Republik; in der Roten Studentengruppe versucht man, durch unsachliche und gehässige Polemik gegen die sozialdemokratischen Studenten (der „Sozialfaschismus“ treibt hier seine Blüten!) und durch nationalistiche Phraseologie den Nazis das Wasser abzugraben. Es ist, wie draußen auf dem großen Schlachtfeld der Arbeiterbewegung, so auch in dem kleinen Rahmen der Hochschule dasselbe traurige Bild: diese beiden zahlenmäßig recht starken, gut organisierten Gruppen sind in einer falschen Frontstellung erstarrt, so daß eine erfolgreiche antifaschistische Arbeit außerordentlich erschwert wird.

III.

Die Spaltung der SPD blieb auch auf die sozialistische Studentenbewegung nicht ohne Einfluß. Trotz des einmütigen Protestes zahlreicher Ortsgruppen schloß der Hauptvorstand der „Sozialistischen Studentenschaft“ alle Genossen aus, die sich zur SAP bekannten. Diese Genossen fanden sich in dem „Sozialistischen Studentenverband“ zusammen. Sie waren sich von vornherein darüber klar, daß man keinesfalls die Zahl der schon bestehenden parteigebundenen Studentengruppen noch um eine vermehren dürfe, sondern daß es infolge der gewaltigen Uebermacht der faschistisch-reaktionären Bünde und Korporationen dringendste Gegenwartsaufgabe ist, alle revolutionären, sozialistischen Studenten ohne Unterschied des Parteibuches zu einem aktionsfähigen antifaschistischen Block zusammenzuschließen. Die ersten Erfolge auf diesem Wege sind bereits erzielt worden; schon hat sich dem Sozialistischen Studentenverband (dessen Ueberparteilichkeit satzungsmäßig garantiert ist) die Hochschulgruppe der KPD-O korporativ, als Fraktion, angeschlossen. Als vor wenigen Tagen an der Berliner Universität ungestört der Nazi-Terror tobte, fanden wir uns mit den Genossen der Roten Studentengruppe in einem Antifaschistischen Ausschuß zusammen, um gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu treffen; und ähnliche An-

„Freundschaft“ oder „Kampfbereit“?

In der „SAZ“ vom 18. d. Monats stand ein Artikel, in dem dafür geworben wurde, für den alten SAZ-Gruß „Freundschaft“ einen neuen einzuführen. Für besonders geeignet hielt man den Gruß „Kampfbereit“. Nun steht uns als Proletariern allerdings noch ein großer Kampf gegen das jetzt noch herrschende System bevor. Aber wir wollen nie vergessen, daß wir nicht nur gegen etwas kämpfen müssen, sondern auch für etwas! Für was nun? Für Neugestaltung sämtlicher Lebensformen!

Rosa Luxemburg hat einmal gesagt: „Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit — dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus Unachtsamkeit einen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.“

Jeder Nazi und jeder dumme Junge kann mit Leichtigkeit Kampf und Rache rufen, wenn er verdroschen worden ist, aber wieder aufzustehen und zu rufen: „Trotzdem achte ich den Menschen in dir, ich glaube an meine

Idee, glaube auch du, ich biete dir Freundschaft!“ — welcher vertritt seine Haltung besser? Und gerade wir als entschiedene Kriegsgegner sollten auch das in unserem Tun zum Ausdruck bringen. Ich gebe zu, daß auch „Kampfbereit“ einen schönen Sinn hat, doch „Freundschaft“ ist besser und weniger mißverständlich. „Kampfbereit“ würde bald zu einem unüberlegt ausgesprochenen Rache- ruf werden, beim zweiten muß sich jeder überlegen, was er sagt. Und wir wollen doch nicht so engstirnig sein, eine gute Sache abzulehnen, weil eine sonst nicht anzuerkennende Vereinigung zufällig auch von dieser Sache Gebrauch macht, zumal da es vielleicht einer der Punkte ist, an denen man ihnen klar machen kann, wo sie eigentlich zu stehen und was sie vertreten müßten. Vorsicht vor Verspöterung! Lassen wir uns die SPD hierin eine Warnung sein.

Was klingt und wirbt besser: „Proletarier, Genossen, besinnt euch! Wir bieten euch Freundschaft!“ oder: „Wir hassen euch! Wir sind euch gegenüber kampfbereit!“ Ich meine hiermit nicht nur SPD-Genossen, sondern auch solche, denen der Faschismus den Kopf verwirrt hat.

An diesem krassen Beispiel habe ich versucht, meine Ansicht zu bekräftigen. Ich glaube, es denken hierin viele wie ich. Wir würden es bedauern, wenn der alte, sinnvolle Gruß abgeändert würde. H. F.

Zur Bildung von Aktiv-Gruppen

Wenn es schon so ist, daß der aktivste Teil der SAJ zum SJV gekommen ist, dann halte ich die Sonderorganisation von Aktivgruppen innerhalb der SJV, wie sie vom Genossen Kressmann in Artikeln im „Roten Pionier“ und im Jugendblatt der „SAZ“ gefordert wurde, fast Kräftevergeudung.

Der aktivste und zuverlässigste Teil einer Gruppe ist in erster Linie immer der Funktionärkörper. Wir dürfen auch nicht zeitweise den aktivsten Teil von dem weniger aktiven Teil trennen. Hinzu kommt noch, daß in der Regel die Funktionäre des SJV aktive Mitglieder der SAP und des Schutzbundes sind. Wir dürfen keine Zeit verlieren mit dieser neuen Organisationsform. Alle die Arbeit, die man den sogenannten Aktivgruppen zuteilt, kann sehr gut im SJV geleistet werden.

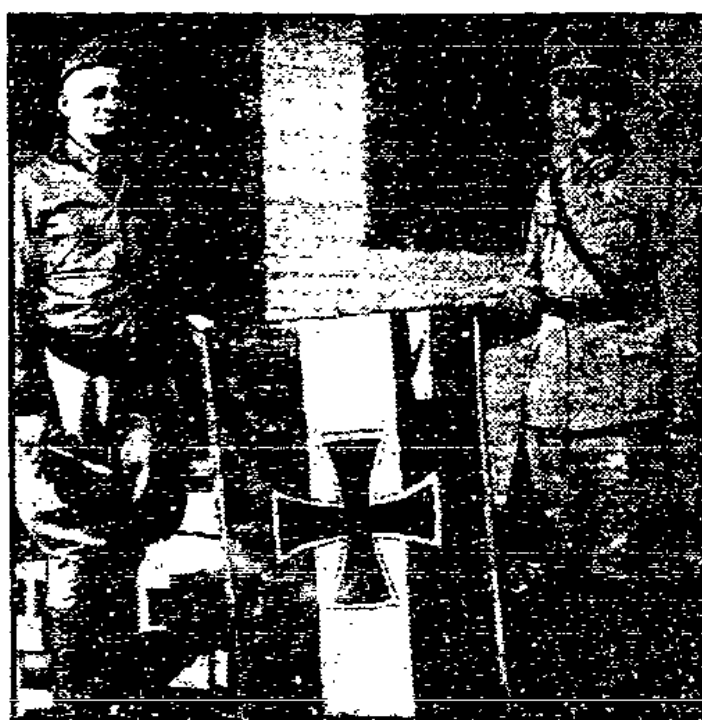
Schaffung der Klassenfront ist die Parole, und zwar kann diese nur von unten kommen. Hierfür muß systematisch die Grundlage geschaffen werden. Jeder Genosse, auf den richtigen Platz gestellt, erfüllt seine Pflicht.

Es muß in jedem Ort festgestellt werden: Wer ist in der freien Gewerkschaft, welche Berufsgruppe? Wer im Arbeitersport? Wer im Feindenkerverband, in der Berufsschule? Die Genossen der einzelnen Verbände sind zusammen zu fassen, ihnen fallen spezielle Aufgaben zu. Man kann diese Gruppen Aktivgruppen nennen. Hier ist die besondere Zusammenfassung der Genossen notwendig. Gilt es Stadtteile zu bearbeiten, oder Landagitation zu leisten, so fällt das wie auch Zeitungsverkauf, Flugblattverbreitung usw. den Gruppen des SJV zu.

Eine völlig andere Gestaltung ist für die Aktivgruppe der Erwerbslosen oder die Erwerbslosenstaffel erforderlich. Neben den Diskussionen, Flugblatt- und Zeitungsverbreitungen, die auf dem Arbeitsnachweis von uns gepflegt werden, haben wir unsere Hauptarbeit auf die Jugendheime der Erwerbslosen zu verlegen. Weil die erwerbslosen Genossen über mehr Freiheit verfügen, kann hier eine recht breite Grundlage geschaffen werden, ohne in Konflikt zu kommen mit den übrigen Veranstaltungen, die meist abends stattfinden, wo dann die Genossen wieder zur Verfügung stehen.

Alle unsere Arbeit muß geistig fundiert sein. Ohne politische Schulung, kein politisches Handeln!

Gertrud Greve, Hamburg.



Stolz weht . . .

Die Militaristen sind sich doch immer einig. „In Anerkennung der Gastfreundschaft und Hilfe, die deutsche Flieger in Amerika von der Fliegerschule auf Randolphs Field bewiesen wurde, überreichte der deutsche Hauptmann Eberhard Baier, der sich studienhalber (?) in der Fliegerschule aufhält, dem Kommandanten eine deutsche Fahne.“ — Sie kann zugleich als erste gemeinsame Fahne der kommenden imperialistischen Weltarmee fungieren.

Der Aushungerungsplan der Nazis

Zu dem Aushungerungsplan der Nazis gegen die badischen Städte (siehe „SAZ“ vom 11. 2.) werden noch Einzelheiten aus dem Aufruf der „agrarpolitischen Abteilung“ bekannt; doch sind das nur allgemeine Phrasen; die technischen Einzelheiten des Aushungerungsplanes hat die Polizei nicht bekanntgegeben. Das ist zu bedauern, denn damit hat

die Polizei verhindert, daß die Arbeiter wirksame Schutzmaßnahmen gegen den Aushungerungsplan vorbereiten.

Darüber hinaus hat, so teilt das badische Naziblätchen am 10. 2. mit, die Polizei des sozialdemokratischen Innenministers der Nazis ihre Aushungerungspläne tatsächlich wie folgt zugestellt! Ob auf Wunsch des Ministergenossen oder einer noch höheren Stelle, ist nicht festzustellen.

Einige Einzelheiten sind aus dem Aufruf bemerkenswert.

Was über die Zukunft der Agrarpreise und im Zusammenhang damit gesagt wird, verdient eine gesonderte Betrachtung. — Zur politischen Lage führt der Aufruf aus, der Bolschewismus werde demnächst die Macht an sich reißen. Er werde jedoch nur die großen Städte für sich haben, nicht das flache Land. „Und somit werden wir die Mittel in der Hand haben, den Bolschewismus hinwegzufegen, wenn wir den Städten die Lebensmittelfuhr sperren. Die Macht dieser Unternehmungen dürfte nur von kurzer Dauer sein. Die Bedingung dafür aber ist, daß der Bauer den Hauptteil seiner Ernte zurückbehält.“

Arbeitszeit verkürzt, so brauchen keine Entlassungen vorgenommen zu werden. In zwei Fällen wurde die Berufung abgelehnt. In drei weiteren Fällen zog daraufhin die Reichsbahn die Berufung zurück, denn in einem der Fälle, die zur Entscheidung standen, wurde die ursprüngliche Abfindungssumme um 150 M. erhöht. Das Gericht sagte in der Urteilsbegründung, um zu entscheiden, ob eine unbillige Härte vorliege, müsse man prüfen, ob die Verkürzung der Arbeitszeit technisch möglich, ob sie wirtschaftlich tragbar sei und ob infolge der Kurzarbeit die Belegschaft nicht beunruhigt werde. Das Gericht habe diese Fragen zugunsten der Arbeiterschaft entschieden. Eingriffe in die Verfügungsfreiheit müsse sich der Arbeitgeber heute schon gefallen lassen.

Das Kartell für Arbeitersport und Körperpflege veranstaltet am 28. Februar, 16 Uhr, sein viertes Hallensportfest. Es soll diesmal mehr Wert auf Wettkampfbetrieb gelegt werden. In Radrennen, Leichtathletik, Boxen und Ringen kommen Wettkämpfe zum Austrag. Außerdem werden Schauvorführungen in Massenturnen, Seilgymnastik, Reigenfahren und Flachturmen vorgeführt. Den Höhepunkt des Hallensportfestes soll ein großes Festspiel darstellen, das unter der Leitung des Genossen Zimmermann steigt. Eintrittspreise 0,70 und 0,40 RM.

Treibeis auf dem Main. Der Main hat zur Zeit Treibeis. Für die größeren Schiffe ist der Main gesperrt.

Freiburg i. Br.

Totgesagte leben lange. Anfang Februar brachte die „neutral-bürgerliche“ Freiburger Zeitung eine aus angeblich gut informierten Kreisen stammende, aus Berlin datierte Nachricht, daß die SAP sich demnächst auflösen würde. Die meisten Mitglieder wollten wieder zur SPD zurück (!). Viele seien schon gegangen. Im nächsten Satz will aber der größte Teil der Partei zur KPD. Die Ursache sei (nun halt dich aber fest!) Geldmangel. Daß es der SAP an Geld fehlt, ist ja vom organisatorischen Standpunkt aus recht bedauerlich, jedoch ein Zeichen, daß wir eine proletarische Partei sind. Die Ansicht aber, man könne seine Überzeugung nur verfechten, wenn man Geld habe, ist charakteristisch für die „Kreise“, aus denen diese Nachricht stammt. Es sind, so glauben alle SAP-Genossen „Kreise“, die es sich schon verbitten würden, als bürgerlich bezeichnet zu werden. Bemerkenswert, daß die „Volkswacht“ diese Ente nicht übernommen hat. Der Effekt der Schwindelmeldung war übrigens, daß eine beträchtliche Anzahl von Klassengenossen sich nach der Richtigkeit dieser Behauptungen bei Genossen der SAP erkundigten und auf diese Weise geradezu ein Aufklärungsfeldzug für die SAP improvisiert wurde. Wir danken den mysteriösen „Berliner Kreisen“ für diese ungewollte Propaganda.

Die „Eiserne“ formiert sich auch hier. D. h. sie wurde formiert. Zu diesem Zweck wurden einige Gewerkschaftssitzungen einberufen, in denen erklärt wurde, daß der Gesamtverband nunmehr zur „Eisernen“ gehöre. Bemerkenswert für die Stimmung ist, daß hier die „Eiserne“ als sozialistisch auftreten muß, um sich überhaupt durchsetzen zu können. — Am 19. wollten wir unsere erste öffentliche Versammlung machen. Die „Eiserne“ bekam davon erstens Wind und zweitens Angst und macht nun am 19. großes Trara. Jetzt ist unsere Versammlung auf den 20. verlegt. Genosse Rück spricht über „Eiserne Front oder proletarische Klassenfront?“ Es ist nett, daß die „Eisernen“ unserer Parole noch größere Zugkraft zu geben sich bemühen.

Eine Naziversammlung aufgelöst wurde am Mittwoch. Um nach dem Fasching die

Also Aufforderung zu strafbaren Handlungen, unter dem legalen Mäntelchen des Bolschewistenschrecks. Genau wie im Fall Boxheim!

Weiter wird ausgeführt, die Währung sei trotz aller Beteuerungen der Regierung doch gefährdet. Dann sei die Ernte, als Sachwert, das sicherste Kapital. Auch an dieser Aufforderung hat die Polizei offenbar nichts Gefährliches gefunden.

Zum Schluß wird zum Boykott aller bäuerlichen Zwangsversteigerungen aufgefordert, denn „wir haben

keine Ursache, dem sterbenden System mit diesen Geldern noch das Leben zu verlängern.“

Nach Ansicht der Karlsruher Polizei scheint auch dies nicht illegal zu sein.

Zum Schluß wird aufgefordert, Stundungsgesuche beim Finanzamt einzureichen.

Dieselben Aufforderungen gibt, so meldet die Freiburger „Volkswacht“, auch der Landbund an seine Mitglieder heraus.

Wenn all das nicht illegal sein soll, hat es die NSDAP freilich leicht, „legal“ zu bleiben. Dann waren auch die Boxheimer Dokumente „legal“. Legal, wie Mussolinis Machtergreifung! Legal nach Ansicht des SPD-Innenministers.

Es ist bemerkenswert, daß die Freiburger „Volkswacht“, die sonst sehr unsanfte Töne den Nazis gegenüber anschlägt, diesmal fast ohne eigene Kritik lediglich den sachlichen Inhalt der Dokumente wiedergibt. Es ist nicht anzunehmen, daß sie aus eigenem Entschluß auf die sonst üblichen starken Töne in diesem einzigen Fall bisher verzichtet hat.

Arbeiter, aufgemerkt!

Aschermittwochstimmung nicht aufkommen zu lassen, war als Thema „Nazi-Wirtschaftsprogramm — Deutschlands Rettung“ festgesetzt. Gleich zu Beginn erklärte der Redner, das System müsse gestürzt werden. Gebrüll der wild gewordenen Speißer. Der Redner wiederholte die Phrase (hinter der ja nichts steckt als der Hinauswurf der fremden Parteibuchbeamten zugunsten der eigenen). Darauf Auflosung. Dann spazierte die aus ganz Oberbaden herbeigeholte SA in der gewaltigen Stärke von 160 Mann in losem Sauhaufen, Lieder singend, in der Stadt herum; als es vor dem kommunistischen Verkehrslokal zu Ansammlungen kam, räumte die Polizei die Straße. Natürlich ging sie zuerst mit dem Gummiknüppel gegen die Kommunisten vor...

Heidenheim (Württ.)

Genossin Gertrud Dudy, Mitglied des Hauptvorstandes der SAP, sprach hier über das Thema „Kampf oder Untergang der Arbeiterklasse — Eiserne oder proletarische Klassenfront?“ Sie verstand die zahlreichen Zuhörer zu fesseln und zu begeistern. Die SPD glänzte durch Abwesenheit, während die KPD zum großen Teil anwesend war und sich in der Diskussion von der Referentin bittere Wahrheiten sagen lassen mußte. Für uns war diese Versammlung ein voller Erfolg: Die Gründung unserer Ortsgruppe können wir in den nächsten Tagen offiziell vornehmen.

Dresden

Im Prozeß Tittel wurde folgendes Urteil verkündet: „Die einstweilige Verfügung vom 6. 11. 31 wird aufgehoben. Die durch das Arrestverfahren entstandenen Kosten werden dem früheren Antragsteller, Bezirk Freital, Verband der sozialistischen Arbeiterjugend, auferlegt. Der Antrag des neuen Antragstellers, Rudolf Schiller, auf Aufrechterhaltung der Verfügung wird zurückgewiesen. Die dadurch entstandenen Kosten werden ihm auferlegt. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.“ Das Urteil stützt sich auf eine vorhergehende Verhandlung, in der zum Ausdruck kam, daß die SAJ keine klagefähige Vereinigung ist. Der Versuch, nachträglich einer Person die Rechte der Organisation abzutreten, ist eine zu offensichtliche Umgehung der rechtlichen Bestimmungen. Seit Monaten redete die SPD große Töne vom Prozeß Tittel. Vor-eilige Wutten schon etwas von 6 Monaten Gefängnis, die Tittel bereits absitzen müsse. — Und nun muß die SPD-Kasse für den ganzen Schwindel bezahlen.

In die Frühzeit der Arbeiterbewegung fühlt man sich zurückversetzt, wenn man an den Dresdner Anschlagäulen einen Aufruf der sächsischen Gewerkschaften liest, in welchem die Hausfrauen zum Kampf für den Preisabbau aufgefordert werden. Der Aufruf zitiert dabei als höchste Autorität den Herrn Preis-kommissar Goerdeler und zeigt so eindeutig, in welche Front die Gewerkschaften eingereiht sind. Die Arbeiter stehen kopfschüttelnd und fischend vor diesen Plakaten und stellen sich die Frage, ob sie dafür Woche um Woche ihre Gewerkschaftsbeiträge zahlen. Auch der Kampf um den Lohn gehört nun schon in die Gewerkschaftsgeschichte; jetzt ist der Boykott widerspenstiger Händler zur wichtigsten, ja einzigen Waffe erklärt. Vollständiger kann der Bankrott des Reformismus nun wohl nicht mehr werden.

Leipzig

Unerhörte Günstlingswirtschaft bei der Winterhilfe. Es ist an sich schon als wenig einwandfrei zu bezeichnen, daß die SPD sich an der bürgerlichen Leipziger Winterhilfe beteiligt. Eine der mit dieser Winterhilfe ver-

Duisburg

Die Einheitsfront im Vormarsch! Die SAP hatte für Donnerstag, in Übereinstimmung mit der KPD, den Syndikalisten, sowie der Gemeinschaft Proletarischer Freidenker usw. zu einer Versammlung mit dem Genossen Sternberg als Referenten aufgerufen. Vor etwa 1200 Erschienenen sprach er sachlich und konkret zu dem Thema: „Kampf gegen den Faschismus.“ In der Diskussion sprachen Genosse Triebel (KPD) und Genosse A. Metz von den Syndikalisten, ebenfalls sachlich und unter Zurückstellung theoretischer Meinungsverschiedenheit. Die KPD, welche immer noch kundgibt, daß die Einheitsfront nur unter der Fahne der KPD marschieren könne, schickte Genossen Sager in die Diskussion. Trotz aller Versuche, den Genossen Sternberg als Herrn Doktor und theoretischen Spiegel-fechter zu infamieren, mußte er erfahren, daß Marx auch den Dokortitel hatte. Sager konnte es nicht verhindern, daß eine Resolution angenommen wurde, die den Ernst der Stunde hervorhebt und zur Bildung von Abwehrkämpfen gegen den Faschismus auffordert. Die Veranstaltung war besonders für den hiesigen Bezirk ein großer Schritt vorwärts zur Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats.

Gelsenkirchen

In Gelsenkirchen-Buer gibt es allerhand „prominente“ Sozialdemokraten. Nun prangen ihre Namen unter dem Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs. Man stelle sich das vor, auf derselben Zeitungsseite, nur einige Millimeter unter Hindenburg; „Genosse“ Halbfell, Arbeitsamtsdirektor, „Genosse“ Dr. Appens, Schulrat, „Genosse“ Sieglar, Beigeordneter.

Alsdorf bei Aachen

Nach der Schlagwetterexplosion auf „Anna 2“ wurde in tiefempfundnen Reden versichert, daß die Opfer vor materiellen Schäden bewahrt würden. So hieß es am Tage nach dem Unglück in einer Gemeinderatssitzung, an der 5 Zentrumsabgeordnete des Reichstages, darunter der Vizepräsident Esser, teilnahmen. „Die Leben können wir nicht zurückgeben, und deshalb verpflichten wir uns dafür zu sorgen, daß der materielle Schaden ersetzt wird.“ Dasselbe versicherte Direktor Dr. Westermann der EBV. Nun hat bekanntlich die Explosionswelle auch nach außen hin gewirkt. Nicht nur der Schacht selbst und dessen Nebenanlagen wurden zerstört, sondern auch die dem Schacht zunächst liegenden Wohnhäuser. In den Häusern selbst wurde viel Mobiliar vernichtet. Nach sorgfältiger Schätzung beträgt der Sachschaden allein in den Zehnenwohnungen 24 000 Mark. Neben diesem Sachschaden wurden auch Frauen und Kinder schwer verletzt. Erst durch das Eintreten durch die Ortsverwaltung des Bergbauindustriearbeiterverbandes und der Bezirksleitung wurden den Verletzten eine Geldsumme durch die Aachener Regierung aus dem Hilfsfonds gezahlt. Um den Sachschaden ersetzt zu bekommen, bedurfte es zunächst einer Massenklage gegen den EBV. Es dauerte ein halbes Jahr, ehe die Geschädigten überhaupt etwas über ihre Angelegenheit hörten, bis endlich in einer Gemeinderatssitzung die Bedingungen der Regierung und der EBV. beraten wurden. Der EBV wollte 8000 Mark zahlen, wenn von den Geschädigten der Prozeß zurückgezogen würde. Nach einer Bedingung der Regierung hieß es ebenfalls 8000 Mark zu zahlen, wenn die Gemeinde denselben Betrag auszahlte. Da die Gemeinde Alsdorf durch das Unglück selbst schon hohe Auslagen und auch dem Hilfsfonds 10 000 Mark überwiesen hatte, hieß es in der fraglichen Gemeinderatssitzung, nochmals mit der Regierung zu verhandeln. Bei dieser Verhandlung ist es geblieben. Die Geschädigten haben bis jetzt noch nichts erhalten. Warum wird zunächst nicht das notwendigste Mobiliar ersetzt? Warum wird nach den „tiefempfundnen Reden“ nicht gehandelt? Ein Dutzend Kumpels ist durch Gasvergiftung zum Teil voll arbeitslos geworden. Auch diese Kumpels kämpfen heute noch durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen um ihre Rentenansprüche.

Frankfurt a. M.

Erst Kurzarbeit, dann Kündigungsrecht. Vor dem Landesarbeitsgericht wurde eine Berufungsklage der Reichsbahndirektion verhandelt. Mitte Oktober vorigen Jahres wurden von der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. 180 Zeitarbeiter gekündigt. 80 der gekündigten Arbeiter erhoben Einspruchsklagen. Sie begründeten ihr Vorgehen damit, daß die Kündigungen entgegen dem Abkommen der Reichsbahnverwaltung mit den Arbeiterorganisationen erfolgt seien, wonach größere Entlassungen durch Kürzung der Arbeitszeit bis zum 31. Dezember zu vermeiden seien. Das Arbeitsgericht entschied, daß die Kläger entweder weiter zu beschäftigen oder zu entschädigen seien. Die Reichsbahndirektion legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Sie erklärte, es müsse ihr überlassen bleiben, ob sie die Arbeitszeit kürzen wolle oder nicht. Infolge der gekürzten Arbeitszeit und des damit verbundenen häufigen Wechsels des Personals sei die Sicherheit des Reichsbahnbetriebes in Frage gestellt! Außerdem würde sie dadurch finanziell außerordentlich belastet. Die Reichsbahn habe bei Einführung von Kurzarbeit Mehrausgaben in Höhe von 70 Millionen Mark. Vor dem Landesarbeitsgericht entgegnete der Sekretär des Einheitsverbandes, daß die Reichsbahnleihe in Höhe von 205 Millionen Mark vorwiegend dazu dienen solle, die Weiterbeschäftigung der Eisenbahnarbeiter zu ermöglichen. Die Reichsbahn gebe für Sport, Bahnschutz usw. viele Millionen aus. Wie könne man da von einer Notlage sprechen? Das Feierschichtenabkommen habe bereits 5 1/2 Monate bestanden, ohne die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes zu gefährden. Würde die Ar-

Genosse Dr. Fritz Sternberg, Berlin

- spricht am
- 14. 2., 10 Uhr, im Lokal Caspers Johannismarkt, Hamburg;
- 14. 2., 20 Uhr, in Essen-Werden;
- 15. 2., 20 Uhr, in Düsseldorf, im Rittersaal der Tonhalle;
- 16. 2., 19.30 Uhr, in M.-Gladbach, Lokal Schounerz, Dessauer Straße;
- 17. 2., 20 Uhr in Neuß, Lokal Hoffmann (früher Paar), Glockhammer;
- 18. 2., 20 Uhr, in Solingen, im Gewerkschaftshaus Ohligs, Kölner Straße;
- 19. 2., 19.30 Uhr in Sterkrade, Lokal Welmann Neumühlstraße;
- 20. 2., 20 Uhr, in Essen

„Eiserne Front oder proletarische Klassenfront?“

bundenen schwindelhaften „Wohltätigkeitsveranstaltungen jagt jetzt die andere. Merkwürdig ist nur, daß die Wohlfahrts-erwerbslosen nichts von dieser seltsamen „Hilfe“ merken. Jetzt wird folgendes bekannt: Bei zahlreichen erwerbslosen, im Bedarfsfälle namentlich feststellbaren Personen erschienen vor Weihnachten von der SPD oder der Arbeiterwohlfahrt geschickte Gutscheinvertreiter, die erklärten: „Ich komme von der SPD! Sie sind doch Volkszeitungsleser? ... Bei Bestätigung mußte der betreffende Erwerbslose sich in eine Liste, deren Bestimmung unendlich bleibt, eintragen. Darauf wurden Gutscheine über 2 M. (einlösbar in den Edeka-Geschäften) verausgabt. Neuerdings, in der vergangenen Woche, gelangten Gutscheine über 2 Zentner Kohlen zur Verteilung. Beachtlich ist, daß eingeschriebene Parteimitglieder mehr erhielten und zwar 4 M. bzw. 4 Zentner Kohlen. Das Bewußtsein, daß eine solche parteipolitische Herangehung bei der Verteilung der Winterhilfsgelder unanständig und auch ungesetzlich ist, scheint bei den Gutscheinverteilern vorhanden zu sein, denn sie ermahnten die Beschenkten zur striktesten Schweigsamkeit. Es ist ein unerhörtes, die gesamte Arbeiterbewegung schwer compromittierendes Unterfangen, die „Bedürftigkeit“ aus dem Vorhandensein eines Parteibuches oder der Zeitungsquttung zu folgern. Es gibt genug Hungernde und Notleidende in Leipzig, die mit der SPD nichts zu tun haben wollen. Wir verlangen strengste behördliche Untersuchung.

Arbeitersport Städtekampf im Schwimmen

Freie Schwimmer Heidelberg—Freie Schwimmer Mannheim

41:31 Mannheim gewinnt im Wasserball

Vor einer begeisterten Zuschauermenge fand am Donnerstagabend im dichtbesetzten Städtischen Schwimmbad der alljährlich stattfindende Städtekampf Freie Schwimmer-Mannheim—Freie Schwimmer-Heidelberg statt. Genosse Fritz Klein eröffnete die Veranstaltung und führte u. a. aus, daß dieses Treffen auch gleichzeitig eine Demonstration sei gegen Faschismus für Sozialismus und Freiheit.

Gleich die Eröffnungsstaffel 10x2 Bahnen Brust brachte ein interessantes Rennen, das Heidelberg sicher für sich entschied. Die Frauen, wie — Jugendstaffeln zeigten, daß Heidelberg über sehr guten Nachwuchs verfügt und daß der Frauenschwimm-sport bei ihnen auf beachtlicher Höhe steht. Bei der 8x2 Bahnen Männerlagenstaffel konnte man feststellen, daß beide Städte sehr gute Lagen-schwimmer zu stellen vermögen. Wohl die spannendste Staffel des Abends war die 10x2 Bahnen Männerfreistil. Abwechselnd vom ersten bis zum Schlußmann führten bald Mannheim bald Heidelberg, stellenweise Kopf an Kopf. Mit Handschlag konnte Mannheim diese Staffel für sich buchen. Einige volkstümliche Vorführungen, u. a. ein gut gelungenes Frauen-Figurenlegen, ergänzten das Programm des Abends. Im Wasserball zeigte die Jugend ein flotteres Spiel als die Männer. Das Männer-spiel war sehr hart und gedrängt. Dadurch konnte kein freies Spiel entstehen. Die Veranstaltung der Wassersportler der Freien Turnerschaft Heidelberg hinterließ einen guten Eindruck und wird ihnen verbenden Charakter nicht verfehlen.

Ergebnisse: (Bahnlänge 23,5 m) Männer-bruststaffel 10x2 Bahnen: Heidelberg 6:13,7, Mannheim 6:18. — Frauen-lagenstaffel 4x2 Bahnen: Heidelberg 2:46,3, Mannheim 3:01. — Jugendfreistilstaffel 4x2 Bahnen: Heidelberg 2:14,8, Mannheim 2:33,1. — Männerlagenstaffel 8x2 Bahnen: Heidelberg 4:35,2, Mannheim 4:36,1. — Jugend-bruststaffel 4x2 Bahnen: Heidelberg 2:42,1, Mannheim 2:48. — Frauen-bruststaffel 4x2 Bahnen: Heidelberg 3:59,9, Mannheim 3:11,4. — Männerfreistilstaffel 10x2 Bahnen: Mannheim 5:08,2, Heidelberg 5:09,8. Wasserball: Jugend 3:0 für Heidelberg, Halbzeit 1:0; Männer 1:0 für Mannheim, Halbzeit 0:0.

Organisationsnachrichten

SAP und SJV Hörde: Zu der Beerdigung unserer Genossin Käthe Franke treffen wir uns Montag, den 15. Februar, 9 1/2 Uhr, an der Post. Es ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin, sich zu beteiligen. SAP Bezirk Sübaden: 19. Februar Waldkirch, 20 Uhr, im Rabstocassal; 20. Februar, Freiburg, 20 Uhr, im Feieringal; 21. Februar, Offenburg, 20 Uhr, in der Michelhalle öffentliche Versammlungen mit dem Gen. Fritz Rück, Berlin. Thema: „Eiserne Front oder proletarische Klassenfront?“

Sportschau der SAZ

Berlin-Brandenburg Das Handball- Programm

Weniger Serien, mehr Gesellschaftsspiele

In der ersten Klasse der Abteilung kommen an diesem Sonntag vier Spiele zur Abwicklung. Als interessanteste Paarung gilt das Spiel FTGB Nordost gegen Freie Turnerschaft Velten. Beide konnten schon den Kreismeister schlagen. Allen Anschein nach wird das Spiel von Nordost gewonnen werden, da die Mannschaft mehr System hat. Beginn um 10 Uhr auf dem Platz in der Schönhauser Allee.

Die Freie Turn- und Sportvereinigung Nowawes erwartet den Kreismeister Volkssport Wedding um 16 Uhr. Alle Bemühungen werden Wedding den Sieg nicht streitig machen. Auf dem Vereinssportplatz am Wendenschloßplatz wird Eiche Köpenick von den Freien Turnerschaft Hennigsdorf besucht. Hennigsdorf mußte an Hand der letzten Ereignisse betrachtet als Sieger heimfahren. Beginn um 16 Uhr. Ebenfalls um 16 Uhr erwartet die FTGB Ost auf dem Platz in der Laskerstraße Volkssport Wedding III. Der Vorteil des eigenen Platzes sowie die besseren Leistungen von Ost dürften zum Siege führen.

In der Abteilung B müssen die Luckenwälder Sportler nach Berlin fahren. Die schlechten Verhältnisse bringen es mit sich, daß Luckenwalde gleich für 2 Spiele angesetzt wurde. Zuerst wird in den Rehbergen um 10.30 Uhr gegen Volkssport Wedding II gespielt. Ob es wieder möglich sein wird, hier ein Unentschieden herauszuholen, scheint uns kaum glaubhaft. Noch ungünstiger sind die Aussichten im Spiel gegen FTGB Nordring um 16 Uhr auf dem Platz in der Schönhauser Allee. Nordring wird bestimmt hoch gewinnen.

Bezirksklasse Ost: Eiche-Bohndorf-Athletik-Sport-Club um 11 Uhr Platz Grünau an der Gasanstalt. FTGB Ost II gegen FTGB Lichtenberg um 13 Uhr. Platz: Laskerstraße. Friesen-Fürstentum II gegen TSV. Kaulsdorf II um 14 Uhr auf dem Friesenplatz. FTGB Adlershof II gegen FTGB Lichtenberg II um 15 Uhr. Platz: an der Wuhlheide.

Freie Turn- u. SV. Nowawes gegen Eiche-Bohndorf um 11 Uhr in Nowawes. FTGB Ost gegen Eiche-Köpenick um 14 Uhr. Platz: Laskerstraße. FTGB Adlershof gegen Athletik-Sport-Club um 14 Uhr.

Gesellschaftsspiele: ATV Werlsee FTGB Stralau II um 13.30 Uhr. FTGB Südost-Freie Schwimmer Charlottenburg um 11 Uhr Platz Plintzerwald. Friesen-Fürstentum-VfK. Proles um 15 Uhr Friesenplatz.

Bezirksklasse Norden: FSV Reinickendorf-FT Friedrichthal um 14 Uhr Platz Scharnhorstraße. SV Moabit gegen ATV. Altröppin um 11 Uhr Platz Rehberge. FTGB Norden III-ASV Wedding um 14 Uhr Platz Humboldt-Hain. Freie Turnerschaft Volkssport Wedding-ASV Wedding um 11.45 Uhr Platz Rehberge. FT Hennigsdorf-FTGB Nordring um 15 Uhr in Hennigsdorf. FSV Reinickendorf gegen FT Velten um 13 Uhr in Reinickendorf. Gesellschaftsspiele: FT Schönau FTGB Buch um 14 Uhr in Schönau. FTGB Mitte-FS Pankow um 10 Uhr FTGB Reinickendorf-Ost-FTGB Stralau um 11 Uhr Platz Berner Straße.

Bezirksklasse Westen: In Nowawes erwartet die FT u. V. Nowawes II Freiheit-Nauen. Hier dürfen sich die Gegner die Waage halten. Beginn 14.40 Uhr. Friesenstraße. FTGB Spandau wird gegen Freiheit-Rathenow auf eigenem Platz wohl zum Schluß das bessere Ende haben. 14 Uhr Platz Seehager Straße. Gesellschaftsspiele: Kleingärtner Charlottenburg-FTGB Siemensstadt um 14 Uhr Platz Volkspark Jungfernheide. FT Falkensee-FT Potsdam um 15 Uhr in Falkensee.

Bezirksklasse Süden: MTV Snerenberg kommt nach dem Neuköllner Stadion und wird wohl eher ubel Volkssport Neukölln II die Punkte heraussuchen. Eine Frage ist es, wie sich FT Wilmerdorf mit FTGB Siden II schlagen wird. Wird Siden wieder sicher siegen? Beginn 11 Uhr Friesenplatz. Berlin VII muß diesmal den Platzverteil ausnutzen, um nicht gegen Ruhlsdorf unentschieden zu spielen. Platz Lichterfelder Stadion um 10 Uhr. Im Spiel FSV Teltow-FTGB Süden erwarten wir den Gastgeber als hohen Sieger. Beginn 13 Uhr in Teltow. Frauen: Volkssport Neukölln-FT Zehlendorf um 13.40 Uhr im Neuköllner Stadion. FTGB Süden gegen FS Fichte um 10 Uhr Platz Kätzbachstraße. Gesellschaftsspiele: FTGB Friedenau II-Sparnund um 12.10 Uhr Platz Humboldtstraße. Schwimmer Zehlendorf-ASV Rot-Weiß um 14.10 Uhr Platz Spandauer Straße.

Deutsche Arbeiterschwimmer in Oslo siegreich

Die den deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbund bei der Weihe eines Hallenschwimmbades durch den norwegischen Arbeitersportbund in Oslo vertretende Schwimmerin Frohn und der Schwimmer Grün-Berlin siegten in allen Wettbewerben. Die Olympiasiegerin Frohn gewann das 100-m-Kraulschwimmen in 1 Min. 22,2 Sek. und das 100-m-Rückenschwimmen in 1 Min. 32,7 Sek. Norwegen benötigte 1 Min. 37,2 Sek. Grün wurde Bester im 100-m-Freistil in 1 Min. 03,7 Sek., im 200-m-Freistil in 2 Min. 34,1 Sek., Norwegen 1 Min. 11,9 Sek. und 2 Min. 44,9 Sek.

Hockey-Serie bringt nur wenige Spiele

Tennis-Rot erwartet in der Laskerstraße die Freie Sportvereinigung Pankow zum Rückspiel um 15 Uhr. Die Pankower werden, trotzdem Tennis-Rot als Favorit startet, für einen interessanten Spielverlauf sorgen.

Gruppe D. Athletik-Sport-Club 2 und Volkssport Neukölln-Britz 2 10.30 Uhr Platz Ost.

Gruppe E. Tennis-Rot 3 gegen Sportverein Moabit 3 auf Platz Ost um 9 Uhr.

Gruppe F (Frauen). Rot-Weiß gegen Pankow um 14 Uhr in der Schönhauser Allee. Das Pflichtspielprogramm bringt recht gute Zusammenstellungen. So werden der Sportverein Moabit 1 und Neukölln-

Britz 1 um 11.30 Uhr auf dem Sportplatz Tiergarten spielen. Die Neuköllner, die in der Gruppe B den ersten Platz einnehmen, werden eine harte Probe bestehen müssen, weil die Moabiter einen guten zweiten Platz in der Gruppe B belegen. Der Arbeiter-Sportverein Rot-Weiß 1 wird im Spiel mit dem Athletik-Sport-Club 1 eine gute Partie liefern. Beginn um 15 Uhr auf dem Platz an der „Einsamen Pappel“ in der Schönhauser Allee. In Spandau, Wilhelmstraße, empfängt der Freie Hockey-Club 1 den Arbeiter-Sportverein Schöneberg 07 um 15 Uhr. Der Arbeitersportverein Wedding 1 wird gegen Tennis-Rot 2 Anstrengungen machen müssen, um ehrenvoll abzuschneiden. Beginn 15 Uhr in der Behmstraße.

ASV. Wedding 2 gegen Tennis-Rot 4 um 13.30 Uhr Behmstraße. Rot-Weiß 3 und Pankow 2 um 12.30 Uhr in der Schönhauser Allee. FHC Spandau 2 gegen SV. Moabit 2 um 13.30 Uhr in Spandau. Ferner noch ein Frauenspiel Tennis-Rot gegen Volkssport Neukölln-Britz um 14 Uhr Platz Ost.

Um die norddeutsche Fußballmeisterschaft spielen am Sonntag, dem 14. Februar, um 15 Uhr, auf dem Sportplatz Bebelallee (Kreuzkirche), Hamburg, BSV 19 Hamburg—Hagenow (Mecklenbg.). Vorher Jugendspiel: VfL 05 I. Jgd—Lorbeer I. Jgd.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes Montag, 15. 2., 19 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.

Ortsgruppe Schöneberg: Zeitungspropaganda Sonntag, 14. 2., 9 Uhr, Lokal Geil, Merseburger Straße 7.

Ortsgruppe Tiergarten, Abt. Westen: MV. Mittwoch, 17. Februar, 20 Uhr, Lokal Techt, Steglitzer Straße, Ecke Fintwellstraße.

Ortsgruppe Falkenberg-Bohndorf: MV. Dienstag, 16. Februar, 20 Uhr, Gemeinschaftshaus Falkenberg.

Ortsgruppe Lichtenberg, Abt. Mahlsdorf: Gemeinsamer Ausspracheabend mit der KPO Donnerstag, 18. Februar, im Lokal Anders. Thema: „Eiserne Front oder Einheitsfront des Proletariats“. Referenten: Gen. Buchwald (SAP) und Gen. Beck (KPO).

Ortsgruppe Mitte: Funktionärsitzung Dienstag, 16. Februar, 19.30 Uhr, Lokal Regal, Ackerstraße 1.

Ortsgruppe Neukölln: Sonntag, 14. Februar, 10 Uhr, wichtige Zusammenkunft sämtlicher Genossen in den bekannten Lokalen.

Ortsgruppe Charlottenburg: Zeitungsagitation Sonntag, 14. Februar, 9.30 Uhr. Treffpunkt: Lokal Grünia, Festalozzistraße, Ecke Fritschestraße. — Dienstag, 16. Februar, beteiligen sich alle SAP-Genossen an

der öffentlichen Versammlung des SJV im Piccadilly, Ebersstraße 80.

Ortsgruppe Teltow: MV. Donnerstag, 18. Februar, 20 Uhr, im Lokal „Weißer Schwan“, Ruhlsdorfer Platz. Thema: „Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl“.

Ortsgruppe Friedrichshagen: Mittwoch, 17. Februar, 19.30, im Lokal Krugmann, Memeler Str. 63, am Comeniusplatz. Ortsgruppenvorstand und alle Abteilungs-funktionäre zur wichtigen Besprechung.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: MV. Mittwoch, 17. Februar, 19.30 Uhr, in den Berlina-Festsaal (mittlerer Saal). Referent Gen. Malina.

Ortsgruppe Wedding: Funktionärsitzung umstehender nicht Montag, sondern erst Donnerstag an bekannten Stellen.

Freie Spielleute Neukölln: Übungsstunde jeden Dienstag, 20—22 Uhr, bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstraße 24. Interessenten für Trommel, Flöte und Schlagzeug werden sachgemäß ausgebildet. Vorsitzender: Karl Schenk, Karl-Liebknecht-Str. 18. Technische Leitung: Richard W. Schultz, Maniusstraße 16.

SAP-Buchdrucker: Dienstag, 16. Februar, bei Gründel, Zimmerstr. 30, 19. Uhr.

Zusammenkunft aller SAP-Metallarbeiter Groß-Berlins: Dienstag, 23. Februar, 20 Uhr, im Restaurant „Zum Mohren“, Jerusalemstr. 9, I. Trepp.

SJV

Öffentliche Jungarbeiter-Versammlung: Montag, 15. Februar, „Frankfurter Hof“, Frankfurter Allee 313. Eintritt 10 Pf., Erwerbsteuer 5 Pf. Referentenschule: Wegen unserer Jungarbeiter-versammlung kommt die Referentenschule erst am Montag, dem 22. Februar, zusammen.

Unterbezirk Schöneberg: Am Sonntag in Brieselang Kursus.

Unterbezirk Mitte: Sonntag, Unterbezirksmitgliederversammlung, Heim, Prenzlauer Allee 34, 19 Uhr.

Grünia-Falkenberg: 18 Uhr, Gutshof.

Aktionsbezirk Nord: Heim, Leibnizstraße 18/10, Heimabend mit Anna Heubel.

Morgen, Montag, 15. Februar, 19.30 Uhr: Alle Gruppen, die keine Veranstaltungen haben, gehen zur Jugendversammlung „Frankfurter Hof“, Frankfurter Allee 313.

Charlottenburg-Mitte: Aussprache, Falkenberg-Grünia: Heim, Gutshof, Arbeitsgemeinschaf.

Hannau: Aussprache-Abend

Köpenick August Bebel „Roter Aufbau“: 10 Minuten-Referat.

Jungarbeiter-Versammlung

Thema in allen Versammlungen: „Jungarbeiter fordern Klassenkampf“.

Montag, 15. Februar, „Frankfurter Hof“, Frankfurter Allee 313.

Dienstag, 16. Februar, „Giarkasten“, Prinzen-Allee 31.

Dienstag, 16. Februar, „Piccadilly“, Ebersstr. 80. S.J.V. Unterbezirk Neukölln: Sonntag, dem 14. Februar, 19 Uhr, Heim, Steinmetzstr. 114, Heimabend (Ausgestaltung Britz). — Montag, dem 15. Februar, Arbeitskreis, 19.30 Uhr, Schule Hertzbergstraße.

Lichtenberg: Alles geht zur öffentlichen Jungarbeiter-Versammlung, Frankfurter Allee 313.

Mitte-Nord: Zionsismus—Sozialismus, Diskussion.

Mitte-Süd: Diskussion

Moabit: Der Nationalsozialismus II.

Reinickendorf: Rationalisierung.

Südwest: Freikörperkultur.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsbes. mbH Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 monatlich zuzüglich RM : 30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsbes. mbH Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 926.

Staatstheater

Oper U. d. Linden
Sonntag, 14. Februar
20 Uhr.

Die Geisha
Operette: 7 Bilder
v. S. Joner

Der Troubadour
Oper
von Giuseppe Verdi

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonntag, 14. Februar
20 Uhr.

Othello
von Shakespeare

Schillertheater
Charlottenburg, Scharnhorstr.
Sonntag, 14. Februar
20 Uhr.

Die göttliche Jett
Posse in 5 Bildern
mit Gesäus der Oper

Kino für Jedermann
POTS DAMER STRASSE 4
onfilm-Tageskino
9 Uhr vormittags — 1 Uhr nachts

OLGA TSCHECHOWA
und **CONRAD VEIDT**
in

Die Nacht der Entscheidung
Lustspiel: Micky als Sonntagskater
Kutturfilme: Winter am Westertor
Die Wochenschau Nr. 74

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Ab Freitag:
2 Ton-6 08filme

Die Pranke
und
Die spanische Fliege

Volkstheater

Oper U. d. Linden
Sonntag, 14. Februar
20 Uhr.

Die Geisha
Operette: 7 Bilder
v. S. Joner

Der Troubadour
Oper
von Giuseppe Verdi

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonntag, 14. Februar
20 Uhr.

Othello
von Shakespeare

Schillertheater
Charlottenburg, Scharnhorstr.
Sonntag, 14. Februar
20 Uhr.

Die göttliche Jett
Posse in 5 Bildern
mit Gesäus der Oper

Kino für Jedermann
POTS DAMER STRASSE 4
onfilm-Tageskino
9 Uhr vormittags — 1 Uhr nachts

OLGA TSCHECHOWA
und **CONRAD VEIDT**
in

Die Nacht der Entscheidung
Lustspiel: Micky als Sonntagskater
Kutturfilme: Winter am Westertor
Die Wochenschau Nr. 74

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Ab Freitag:
2 Ton-6 08filme

Die Pranke
und
Die spanische Fliege

Reunion Cigarette
Fürst Pückler
1a Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

Theater des Weddings

Mütter- Ecke Selterstraße
Heute:
Groß-Tonfilm

York
und das reichhaltige tönende
Beiprogramm

Dienstag bis Donnerstag:
2 Riesenschlager I. einem Programm
Siegried (1901)

Ein ausgekochter Junge
Greta Garbo

Wilde Orchideen
dazu das gute Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142

Bis Montag: **2 Tonfilme**
Maria Paudler, Fritz Kampers
Paul Morgan in

Strohwitwer
dazu: Richarda Talmadge in
seinem ersten Tonfilm

„Der Überfall auf die Mexico-Post“
Anfangszeiten: Vornachts 5, 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
Heute:

Hauptmann von Köpenick
und
das große Beiprogramm
sowie die
neueste Fox tönend. Wochenschau

Elysium-Lichtspiele

Prenzlauer Allee 56
2 Riesenschlager
in einem Programm

Felix Bressart in
Der Herr Bürovorsteher

Curt Bois in
Der Schlemihl

Mila-Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130

Wochentags 1.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn

Fritz Schulz, R. A. Roberts:
„Die spanische Fliege“

Bühne:
7 Accordion Jungs von der Waterkant
Gesangspiel Terbo und Terboite,
Meister tönender u. tönender S. A. H. H. H.

Filmpalast Puhlmann
Schönhauser Allee 145

„Hinter den roten Mauern v. Lich erle de“
(Kadetten)

und das gute Beiprogramm

Werbt
Abonnenten!

Werbe Woche

für GEG-Teigwaren und GEG-Backobst

Das Beste und Billigste!

GEG-Makkaroni Pfund **44** Pf.

GEG-Schnittnudeln Pfund **40** Pf.

Dazu:
GEG-Backpflaumen 1/3 Pfund **17** Pf

GEG-Mischobst Pfund **54** und **38** Pf. **GEG-Birnen** Pfund **64** Pf.

GEG-Aprikosen Pfund **76** Pf. u. **60** Pf.

Erhältlich in den
289 Lebensmittel-Abgabestellen der

KONSUM

Genossenschaft Berlin und Umgegend

Die Warenabgabe in der Konsum Genossenschaft Berlin und Umgegend erfolgt nur an Mitglieder.

Aufnahmen werden in sämtl. Abbestellen vollzogen. Aus fünferteilt bereitwilligst das Personal.

HAUS VATERLAND

In allen Sälen Musik und Tanz
im Palmenaal:
Max Ehrlich, Ruth Kuthan
mit den Vaterland-Girls in neuen
Tanzszenen, einstudiert von V. Gsovsky.
Eine musikalische Sensation:
Deutschlands größtes
Jazz-Symphonie-Orchester

BETRIEB KEMPINSKI

Genossinnen! Genossen!
Geschäftsleute
die
Ihre Kundschaft wünschen,
insertieren in der „SAZ“
Also beachtet stets unsere
Anzeigen und kauft nur bei
unseren Inserenten!

Hamburg

Volksheim E. V., Hamburg
Rammerbrook, Sachsenstr. 21

Volksheim Lichtspiele
Das Kino des Arbeiters
Programm
für Sonnabend, 13. Febr., 20 Uhr
Sonntag, 14. Februar 19 u. 21 Uhr

1. Kulturfilm
2. Zeichen im Sturm
3. Wunderland Bali

Arbeiter, besucht euer Kino!
Unsere Eintrittspreise Sonnabends
zahlen Verdienen 0.50 M. Sonntags
0.70 M. — Jugendliche und Er-
werbslose zahlen nur 0.30 M.

SAP Der tägliche Vormarsch

Dittersbach in Schlesien gründet nach einer 300-Mann-Versammlung mit dem Genossen Klaus Zweiling eine Ortsgruppe der SAP.

Nordhausen meldet nach seiner ersten öffentlichen Versammlung eine ganze Reihe Neuaufnahmen für die SAP.

In Heidenheim (Württemberg) sprach die Genossin Gertrud DUBY in öffentlicher Versammlung. Erfolg: Gründung einer Ortsgruppe der SAP.

In Samswegen bei Magdeburg bildet sich nach einer Versammlung mit dem Genossen Bergfeld eine Ortsgruppe der SAP.

In Wessel besetzen Genossen der SAP den gesamten Besatz im Ortsausschuß des AGDB.

Weißstein (Schlesien) meldet Bildung einer Ortsgruppe der SAP nach einem Referat des Genossen Klaus Zweiling-Berlin in einer gut besuchten Versammlung.

Die beherrschende Stellung der SAP im Textilarbeiterverband Mylau-Netzschkau i. V. wurde bei den Neuwahlen der Generalversammlung noch befestigt.

Im Touristenverein „Die Naturfreunde“ in Mylau i. V. wurden in der Generalversammlung sämtliche Funktionärposten Genossen der SAP übertragen.

Wir marschieren!

Von Fritz Rück

Nürnberg, 12. Februar.

Vor einem Versammlungsort in Sachsen verteilten in diesen Tagen kommunistische Arbeiter Flugblätter ihrer Partei, in denen die Führer der Sozialistischen Arbeiterpartei als „Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse“ bezeichnet wurden. In derselben Versammlung waren kommunistische Arbeiter anwesend, und keiner von ihnen wagte, in der Diskussion oder auf die Anfrage des Referenten diese Behauptung zu bekräftigen und zu wiederholen.

In einer öffentlichen Versammlung in Nürnberg, in der die Genossin DUBY sprach, versuchten aufgehetzte Trupps des Jungbanners, die man zum Zwecke der Störung in die Versammlung geschickt hatte, wiederholt, zu provozieren, zu stören, die Versammlung zu sprengen. Diese Versuche prallten diesmal an dem gemeinsamen Widerstand der kommunistischen Arbeiter und der Mitglieder der SAP ab. Aber was dem Jungbanner nicht gelungen war, führten während der Diskussion die Kommunisten durch: sie verhinderten, daß ein Genosse der kommunistischen Opposition das Wort erhielt und verließen mit dem Gesang der „Internationale“ den Saal —

Die Schaffung der proletarischen Einheitsfront in Deutschland ist keine leichte Aufgabe. In dem Maße, wie der Einheitswille unten, bei den Massen, wächst, verstärken sich die Bemühungen der Parteibürokratie von SPD und KPD, die trennenden Schranken zwischen den verschiedenen Lagern des Proletariats aufrechtzuerhalten und zu verstärken. In den meisten Orten des sächsischen Vogtlandes ist bei den kommunistischen Arbeitern der Wille vorhanden, mit unseren Genossen gemeinsame Aktionsausschüsse und Arbeiterwehren zu bilden; aber die kommunistische Führung ist dazu übergegangen, ihren eigenen Funktionären, die die Einheitsfront geschlossen haben gegen den Faschismus, Maßregelungen anzudrohen.

Sie begnügt sich nicht damit, die Schaffung neuer Einheitsfrontorgane zu verhindern, sondern versucht sogar, bestehende wieder aufzulösen und zu zerschlagen.

Sie stößt mit dieser Verschärfung der ultralinken Methoden auf den wachsenden Unwillen und Widerstand ihrer eigenen Mitglieder und der mit ihr sympathisierenden Arbeiter. In den wenigen Monaten ihres öffentlichen Auftretens hat es die Sozialistische Arbeiter-Partei verstanden, den festen Ring gegenseitigen Mißtrauens innerhalb der Arbeiterschaft zu durchbrechen und die Voraussetzungen für die revolutionäre Aktivierung der Massen — nicht kleiner, isolierter Teile des Proletariats — zu stärken. Nicht nur in der Frage der Schaffung von Organen der Einheitsfront, sondern auch in der Auflockerung und Unterminierung sektiererischer Auffassungen über die Aufgaben einer revolutionären Gewerkschaftsarbeit sind große Fortschritte erzielt worden. Noch ist die Hauptsache zu leisten, aber die Funktionäre unserer Partei werden ihre Aufklärungsarbeit fortsetzen in der erhebenden und vorwärtstreibenden Erkenntnis: wir marschieren!

Wir marschieren und wachsen;

rein zahlenmäßig gesehen; und die Partei gewinnt an innerer Festigkeit und revolutionärer Zielklarheit. Es gibt noch vieles zu lernen und manche Ueberreste überwindener Auffassungen auszumerzen. Aber die Sozialistische Arbeiter-Partei hat das Glück, in einer politischen Situation auf die Bühne der Entscheidungen getreten zu sein, in der die objektiven Verhältnisse, die rasche Zuspitzung der außenpolitischen wie innerpolitischen Lage, den besten Lehrmeister abgeben. Manches, was noch vor wenigen Wochen von manchen Genossen als theoretische Spintisierung abgetan wurde, zwingt sich heute als logische Folge-

rung des einmal eingeschlagenen Weges von selbst auf. Es geht ähnlich wie damals, als Lenin in der Diskussion zum Brester Friedensvertrag von den Auseinandersetzungen im bolschewistischen Lager sagen konnte:

„Eine Gewähr dafür, daß wir uns das Genick nicht brechen werden, bildet der Umstand, daß an Stelle der alten Methode zur Lösung der Fraktionsstreitigkeiten, die in einer ungewöhnlichen Menge Literatur und allerhand Diskussionen und in der Schaffung einer genügenden Anzahl von Spaltungen bestand, die Ereignisse uns eine neue Methode brachten, wie die Menschen zu lernen haben. Das ist die Methode der Kontrolle der Diskussion durch Tatsachen, Geschehnisse, durch Lehren der Weltgeschichte.“

Die Ereignisse der letzten Monate haben deutlich genug gesprochen. Den Völkerbund als ein Instrument des Friedens zu bezeichnen oder von ihm die Verhinderung imperialistischer Konflikte und Kriege zu erwarten, wird wohl der größte Optimist und Pazifist heute kaum mehr wagen. Die Rolle einer zu schaffenden Völkerbundsarmee hat Litwinow auf der Genfer Abrüstungskonferenz klar enthüllt, die französische These von der Notwendigkeit eines Völkerbundscharms hat ihren konterrevolutionären Charakter in den Genfer Debatten geoffenbart. Obwohl ein Täuschungsmanöver gefährlichster Art, ist

die Schaffung der „Eisernen Front“ ein Zugeständnis der reformistischen Führer an die Auffassung von der Notwendigkeit der Mobilisierung der außerparlamentarischen Klassenkräfte des Proletariats im Kampfe gegen den Faschismus. An den demokratischen Weg zum Sozialismus glauben angesichts der wachsenden Bürgerkriegsrüstungen der Faschisten auch die größten Idealisten nicht mehr. Und wenn sie daran glauben oder davon sprechen, beweisen sie damit nur, daß sie auf dem Monde leben aber nicht auf dieser Erde und in diesem Deutschland. Die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats ergibt sich zwangsläufig aus der schamlosen Offenbarung des Diktaturcharakters der heutigen Regierung und den offenen Vorbereitungen zur Diktatur in ihrer blutigsten Form, dem Faschismus.

Die demokratischen und pazifistischen Illusionen haben sich als Seifenblasen erwiesen und sind zerplatzt. Die Mitglieder unserer Partei haben das zum allergrößten Teil begriffen und stellen sich demgemäß in ihrem ganzen Denken und Handeln gründlich um. Auch die Frage der Räte wird von der weiteren Entwicklung der Massenbewegung in Deutschland aus der Sphäre theoretischer Auseinandersetzungen in die Arena praktischer Arbeit der Vorbereitung und Durchführung der Revolution gestellt werden, wie ja

schon die Kartellarbeit praktische Vorarbeit für die Räte ist.

Wir haben dieser praktischen Erziehungsarbeit neben der theoretischen Diskussion zu danken, daß die Sozialistische Arbeiterpartei nach vier Monaten ihrer Existenz eine geschlossene und kampffähige Massenorganisation geworden ist, deren Einfluß auf die gesamte Arbeiterklasse in Deutschland mit jedem Tage wächst. Die Versuche, unsere Existenzberechtigung als neue Partei neben KPD und SPD zu leugnen, sind verstimmt.

Wir sind da und werden wachsen, auch auf Kosten derer, die glaubten, uns als „toten Hund“ betrachten und behandeln zu können.

Notwendig ist allerdings eins: die Lehren der Ereignisse rascher und gründlicher zu ziehen als bisher, nicht zu warten, bis die Ereignisse unseren Genossen die Richtigkeit einer konsequenten revolutionären Haltung in allen Fragen beibringen, sondern durch die theoretische und taktische Verarbeitung der Lehren der russischen Revolution und der deutschen Arbeiterbewegung wegweisend und richtunggebend an der Spitze des deutschen Proletariats zu marschieren, ohne die Verbindung mit den Massen zu verlieren. Von dieser Erkenntnis muß die ideologische Vorbereitung des Parteitages getragen sein, der in wenigen Wochen stattfinden wird.

Die verlorene Reparations-Bataille

Berlin, 13. Februar.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und des vereinigten Königreichs von Großbritannien haben von dem Baseler Sachverständigenbericht Kenntnis genommen und sind einvernehmlich, den übrigen beteiligten Regierungen die Vertagung der Konferenz auf den Monat Juni zu empfehlen.“

Aufgabe der Konferenz wird es sein, sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Bericht der Baseler Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die die gegenwärtige Weltkrise verursacht haben und sie verlängern könnten. Zu dieser Entscheidung sind die oben erwähnten Regierungen in der Hoffnung gekommen, daß hierdurch die internationale Lage erleichtert wird.“

Von unterrichteter Seite wird zu obiger amtlichen deutschen Erklärung, deren Wortlaut mit den übrigen Mächten vereinbart worden ist, erläuternd folgendes bemerkt:

Die Reichsregierung hat mit dieser Ver-

einbarung ihr Ziel der Einberufung der Lausanner Konferenz erreicht. Die Reichsregierung hätte allerdings entsprechend dem Baseler Sachverständigenbericht, den Zusammentritt der Konferenz früher und nicht erst im Laufe des Juni gewünscht. Sie hatte daher ihrerseits einen früheren Zusammentritt ange-regt und die dahingehenden Bemühungen der englischen Regierung von Anfang an auf das wärmste begrüßt und unterstützt.

Die gequälte offiziöse Erklärung ändert natürlich nichts an der Tatsache, die sich ja nun allmählich bis in die höchsten Kreise herumgesprochen haben muß, daß die Regierung Brüning in der Reparationsfrage wieder ein Bataille verloren hat — nach außen und innen. Da hilft keine Tarnung, am wenigsten eine so hilflose, die sich krampfhaft bemüht, zum Schluß noch eine „Einheitsfront“ mit England vorzutauschen, nachdem die Diplomaten des Inselreichs im wesentlichen schon längst einig geworden sind mit ihren Kollegen vom deutschen „Erbfeind“. Wenn man glaubt, so das „Gesicht zu wahren“, so unterschätzt man denn doch — sogar den deutschen Untertanenverstand. Fasching ist vorbei. Maskeraden nicht mehr angebracht!

Rumpfparlament in Frankreich

Frauenwahlrecht und „Wahlreform“ angenommen

Paris, 12. Februar.

Die Kammer, die seit gestern ununterbrochen tagt, hat heute in den frühen Morgenstunden einen Antrag des sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriol auf Vertagung der Sitzung auf Dienstag abgelehnt. Um 5 Uhr 20 wurde ein Regierungsantrag auf sofortige Diskussion der Wahlreform angenommen. Ein Entwurf auf Beseitigung des zweiten Wahlgangs wurde zwecks Berichterstattung dem zuständigen Ausschuß zurückverwiesen, dessen Vorsitzender die Bereitwilligkeit des Ausschusses bekanntgab, sofort in die Berichterstattung einzutreten. Herriot wandte sich aber gegen eine derartige beschleunigte Beratung.

Für die Radikalen sei die Debatte beendet. Nach diesen Worten verließ Herriot den Sitzungssaal, gefolgt von allen radikalen und sozialistischen Abgeordneten. Die Sitzung dauerte nichtsdestoweniger an. Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Wahlrechtsausschusses,

Abg. Mandel, wurde in die Abstimmung über den Vorschlag Tastes eingetreten. Der erste Paragraph lautet: „Die Mitglieder der Deputiertenkammer werden in einem Wahlgang nach dem System der Einer-Wahl gewählt. Die Kandidaten, die am meisten Stimmen erhalten, sind als gewählt anzusehen; bei Stimmgleichheit entscheidet das Lebensalter des Kandidaten. Der älteste ist gewählt.“ Der gesamte Artikel 1 des Gesetzesentwurfes wurde dann mit 311 gegen null Stimmen angenommen.

Sodann wurde ein Zusatzantrag de Monzie angenommen, wonach den Frauen das aktive und passive Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen wie den Männern zuerkannt wird. Dieser Zusatz wurde mit 319 gegen 1 Stimme angenommen.

Die Kammer setzt ihre Sitzung noch immer fort, um die übrigen Artikel des Wahlgesetzes zu verabschieden. Gegenwärtig berät sie über die Zahl der Abgeordneten.

Folgen der Majorisierung

Paris, 12. Februar

Da die Linksparteien, wie bereits berichtet, zum Protest gegen den Wahlreformentwurf die Kammersitzung verlassen hatten, haben nunmehr die beiden radikalen Abgeordneten Malvy und Lamoureux auch ihre Mandate als Vorsitzender bzw. als Berichterstatter des Finanzausschusses niedergelegt.

Dem Auszuge der Linksparteien aus der Kammer heute mittag haben sich ostentativ auch zwei der angesehensten Mitglieder der Mehrheit, und zwar der ehemalige Marineminister Leygues (Fraktion Tardieu) und der Alterspräsident der Kammer, Abgeordneter Thomson (Radikale Linke), zum Zeichen des Protestes gegen die von der Mehrheit gegenüber der Minderheit eingeschlagenen Methoden angeschlossen.

Die Kammermehrheit hat einen Pyrrhus-sieg davongetragen. Er hat dem Linkskartell neuen Auftrieb gegeben. Radikale und Sozialisten werden den Wahlkampf, falls das Gesetz Tatsache werden sollte, in gemeinsamer

Front gegen die Rechte führen. Die Radikalen sind durch die Vergewaltigung erheblich radikalisiert worden. Das offenbart der Rücktritt Malvys und Lamoureux, die zum rechten Flügel der Partei gehören und nun durch ihre Aktion der Budgetberatung einen schweren Schlag versetzt haben.

Dazu kommt die Verstimmung des Senats, von der die Nachrichtenbüros melden. Es ist anzunehmen, daß dort die Opposition stärker ist als in der Kammer und das Gesetz wohl verworfen wird. Gerüchte über eine vorzeitige Auflösung der Kammer durch den gereizten Senat werden laut. Alles in allem dürfte die Regierung Laval sich selbst einen schlechten Dienst geleistet haben, als sie „ihre“ Mehrheit so forsch ins Zeug gehen ließ. Auch das ist eine Art „Dialektik“.

Du sollst schweigen! Die in Seib (Bayern) erscheinende kommunistische Zeitung „Roter Grenzboten“ ist neuerdings von der Regierung von Oberfranken, und zwar bis zum 15. Mai 1932, verboten worden.

Richtig geraten



„Ich möchte mich nämlich auch einzeichnen, junger Mann. Hier bin ich doch richtig bei Hindenburg?“

So fängt das an!

Wo hört das auf?

Königsberg (Pr.), 12. Februar.

In dreispaltiger Aufmachung bringt die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ die Meldung über die Gefahr einer litauischen Jungschützen-Invasion in das Memelland und fordert

die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem Memelgebiet.

Dieses hätte natürlich nicht die Aufgabe eines kriegerischen Eingreifens, sondern lediglich die selbstverständliche Pflicht, die durch den „Marsch auf Memel“ gefährdete deutsche Bevölkerung in Litauen zu schützen und gegebenenfalls an Bord zu nehmen, falls es zu weiteren Zusammenstößen und zu Blutvergießen kommen sollte. Wie weit diese Erwägungen gediehen sind, stehe noch nicht fest, aber es mache sich auch in Berliner politischen Kreisen eine steigende Stimmung dafür bemerkbar, die vor der Genfer Regelung einen tatkräftigen Schutz der im Memelgebiet wohnenden Deutschen nachdrücklich fordere.

Die TU meldet aus Königsberg: In einer deutechnationalen Versammlung sprach am Donnerstag der Fraktionsführer der Deutechnationalen, Dr. Oberfahren. In seinen Ausführungen ging er u. a. auf den Memelpatsch ein und erklärte, es sei zu wünschen,

daß wir uns endlich stark genug fühlen, um dem dreisten Litauer gründlich „eins auf den Hut“ zu geben.

Nationalisierung der Waffenfabriken

Forderung der französischen Sozialisten

Paris, 12. Februar.

Die sozialistische Kammerfraktion beschloß am Donnerstag, den Antrag einzubringen, sämtliche Waffen- und Munitionsfabriken Frankreichs zu nationalisieren.

Bis zur Durchführung dieses Planes soll eine strenge Kontrolle der Waffenfabrikation ausgeübt werden.

Was geht in Uruguay vor?

London, 12. Februar.

In Uruguay haben die Kommunisten den Generalstreik erklärt, der um Mitternacht dortiger Zeit beginnen sollte. Die Regierung von Uruguay plant die Verhängung des Standrechts.

Rekord der Arbeitslosigkeit

Das Problem der Probleme

Berlin, 18. Februar.

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt war dieser Tage ein aufregender Rekord zu verzeichnen. Zum ersten Male in der Geschichte hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen die 6-Millionengrenze überschritten. Innerhalb zweier Monate ist eine neue Million in das Heer der Arbeitslosen abmarschiert, und alle Umstände deuten darauf, daß im Verlauf weniger Wochen sich dieser Million noch eine weitere anschließt und schon am Ende dieses Monats die siebente Million erreicht, wenn nicht gar überschritten wird. Dabei besteht triftiger Grund, an der Exaktheit dieser amtlichen Ziffern zu zweifeln, und ist die Annahme berechtigt, daß die Arbeitslosigkeit noch erheblich größer ist. Darauf verweist schon der Umstand, daß unter Zugrundelegung der amtlichen Ziffern noch bei weitem kein Drittel der rund 20 Millionen Arbeiter und Angestellten von der Arbeitslosigkeit betroffen wäre während nach den Aussagen der Gewerkschaften mehr als zwei Fünftel der Mitglieder diesem Fluch des Kapitalismus ausgesetzt sind.

Kurzarbeit als Regel

Dabei erschöpft sich mit dieser Korrektur der Arbeitslosenziffern noch lange nicht die ganze Tragödie des Arbeitsmarktes. Breite Teile der noch im Arbeitsverhältnis stehenden arbeiten stark verkürzt. Es gibt in Deutschland auch nicht eine einzige Industrie, wo im Gesamtdurchschnitt die tägliche Arbeitszeit dem normalen Arbeitstag entspricht. Am nächsten kommen ihm noch die Gruppen der Verbrauchsgüter-Industrien. Dort betrug die tägliche Arbeitszeit im Dezember 1931 7,10 Stunden. Die geringste Kurzarbeit entfällt auf die Gruppe der Nahrungsmittelindustrien mit 7,98 Stunden, die größte — ein Fall, der für sich spricht — auf die Gruppe der Industrien für Kulturbedarf, für die, ebenfalls im Dezember, der durchschnittliche Arbeitstag mit 6,64 Stunden errechnet wurde. Die Gruppen der Produktionsgüter-Industrien hatten zur selben Zeit einen durchschnittlichen Arbeitstag von nur 6,88 Stunden. Am niedrigsten lag er — wenn man vom Bergbau absieht, der in der Statistik nicht enthalten ist — in der Elektrotechnik und in der Großisenindustrie mit 6,07 bzw. 6,14 Stunden, am höchsten in der Gruppe „Metall-Hütten- und Walzwerke“ mit 6,91 Stunden.

Die Bedeutung dieses großen Ausmaßes von Kurzarbeit springt in die Augen. Die Ziffern zeigen nicht nur das Ausmaß, in dem die Einkommen der noch in Beschäftigung stehenden durch Kurzarbeit geschmälert sind, sondern sie lassen darüber hinaus erkennen, daß auch eine starke Mehrausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates noch nicht ohne weiteres von einem Schrumpfen der Arbeitslosigkeit selbst begleitet sein würde.

Arbeitslosigkeit als Dauerzustand

Fast beunruhigender noch ist die Dauer der Arbeitslosigkeit. Seit dem Jahre 1925 lag die Arbeitslosenziffer nur einmal — im Jahre 1927 —, und auch dies nur kurz und knapp unter einer Million. Im Jahre 1928 wurden im Durchschnitt 1 376 000, im Jahre 1929 1 916 000, im Jahre 1930 3 140 000 und im Jahre 1931 gar 4 573 000 Arbeitslose gezählt. Das heißt, daß Millionen von Arbeitern und Angestellten seit Jahren keinen Betrieb mehr von innen gesehen und keinen Verdienst aus Arbeit mehr gehabt haben, heißt aber auch, daß sie längst ausgesteuert sind — von den am 30. Januar 1932 registrierten 6 041 000 Arbeitslosen waren nur noch 3 481 000 in der Hauptunterstützung, davon 1 885 000 in der Arbeitslosenversicherung und 1 596 000 in der Krisenunterstützung —, und heißt darum weiter, daß die Arbeitslosigkeit zu einer einfach nicht mehr länger erträglichen Qual geworden ist. Niemand kann den Menschen zumuten, daß sie diese schmerzliche Bürde noch länger auf sich nehmen, niemand von ihnen verlangen, daß sie sich mit diesem Los abfinden. Die Arbeitslosen und mit ihnen die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft verlangen Beendigung dieser Qual, und wer ihnen die Erfüllung dieser Forderung versagt, gleichgültig ob aus Unwillen oder aus Unfähigkeit, der muß ihrem Druck weichen. Jedes politische und wirtschaftliche System, das den sechs Millionen keine Arbeit zu verschaffen und auch nicht einmal ihre Existenz sicherzustellen vermag, hat geschichtlich verspielt.

Das dringendste Problem

Die Frage der Arbeitslosigkeit ist darum zum brennendsten Problem geworden. An ihm muß sich entscheiden, ob die herrschende Ordnung weiter bestehen kann oder verschwinden muß. Die Schicksalsstunde für den Kapitalismus ist angebrochen. Die Geduld der Massen ist erschöpft. Es gibt in der Welt kein Heiligtum, in dessen Namen Millionen dem Hunger ausgeliefert werden können, wie es in der Welt auch kein Recht gibt, das über dem Existenzrecht des Menschen selbst steht. Nicht die Menschen haben sich einer Gesellschaftsordnung zu beugen, sondern jede Gesellschaftsordnung hat nur Sinn und Berechtigung, wenn sie sich vor den Lebensnot-

wendigkeiten der großen Mehrheit dieser Gesellschaft selber beugt.

Es muß etwas geschehen

Das sind Überlegungen und Ahnungen, denen sich heute auch jene nicht mehr verschließen können, für die bisher eine Wandelbarkeit der herrschenden Ordnung zu den undenkbarsten Vorstellungen gehörten und die darum auch der katastrophalen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt keine weitere Bedeutung beigemessen haben. Deshalb stößt man zur Zeit fast überall auf Pläne, die die Arbeitslosigkeit und ihre Behebung in den Mittelpunkt rücken oder doch erkennbar von der Besorgnis eingegeben sind, die das ununterbrochene Steigen der Arbeitslosigkeit allenthalben einflößt. Auch der Wagemann-Plan und seine jetzt — mit Abwandlungen — erfolgte Übertragung ins Amerikanische haben hier ihren letzten Entstehungsgrund, auch wenn sie die „Wiederankurbelung der Wirtschaft“ nicht unmittelbar vom Arbeitsmarkt aus angreifen und diesen überhaupt unberührt lassen. Beide Pläne gehen von der Annahme aus, daß eine Lockerung auf dem Gebiete des Kredits bzw. des Geldes schon von sich aus auch zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen oder doch jedenfalls die Voraussetzung für eine solche schaffen werde.

„Aktive Wirtschaftspolitik“

Handelt es sich somit bei dem Wagemann-Plan um einen mehr indirekten Weg, so werden seit einiger Zeit auch Maßnahmen zum Zwecke direkter Einwirkungen erwogen, aus denen sich gegenwärtig zwei verschiedene Pläne entwickelt haben, für die einmal der sozialdemokratische Statistiker Wladimir Woytinski, und zum andern der Professor Emil Lederer, ebenfalls Sozialdemokrat, verantwortlich zeichnen.

Woytinskis Plan hat das höhere Alter. Schon im Sommer vorigen Jahres hat er in dem theoretischen Organ des ADGB, der „Arbeit“, einen Wortschatz entworfen und „aktive Wirtschaftspolitik“ gefordert. Woytinski geht davon aus — und diese Auffassung ist von uns schon in einem früheren Stadium der Krise gegenüber den Naphtali, Tarnow, u. a. vertreten worden —, daß der kapitalistische Automatismus versagte, und erklärt im Januar-Heft derselben Zeitschrift — womit wir ebenfalls übereinstimmen — geradezu: „Sofort es sich um die Arbeiterbewegung handelt, wird sie den Tatwillen im Kampf gegen die Krise nicht früher zurückerobern, als sie sich endgültig vom trügerischen Glauben an den kapitalistischen Automatismus befreit haben wird.“

Woytinski ist ein erklärter Gegner der gegenwärtigen Deflationspolitik. Er meint sogar, daß die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe während der Krise an Stoßkraft gewinnen müßten, „wenn die Arbeiterbewegung von vornherein gegen den „Abbauwahn“ aufgetreten wäre, wenn die Richtschnur ihrer Konjunkturpolitik der Gedanke der Preisstabilisierung, der Widerstand gegen den Preissturz und gegen die Deflation gebildet hätten.“ Wohl habe der ADGB sich in seinen Kundgebungen und Beschlüssen wiederholt gegen die Deflation ausgesprochen, doch „in der maßgebenden Parteipresse und den Beschlüssen der führenden Parteinstanzen vermißt man dagegen eine klare Stellung zu diesem Problem. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei dieser Politik (der Deflation) gegenüber weder „ja“ noch „nein“ gesagt hat, läßt sich vielleicht daraus erklären, daß sie auf den kapitalistischen Automatismus ihre Hoffnungen setzte und daher zur Bejahung der Preissenkung als eines natürlichen Prozesses der Anpassung der Preise an die Wirtschaftsbedingungen der Krisenzeit neigen mußte. Bei dieser Einstellung ist man der Deflation gegenüber blind.“

Woytinski als Unternehmeranwalt

Im letzten Heft der wissenschaftlichen Zeitschrift des ADGB, der „Arbeit“, macht der Wirtschaftssachverständige der Gewerkschaften, Woytinski, folgende Ausführungen, die verständlicherweise von der DAZ mit großem Behagen wiedergegeben werden:

„Die Berufung darauf, daß der Preisabbau auch ohne Lohnkürzung auf Kosten der Gewinne der Unternehmer erzielt werden kann, ist nicht durchschlagend: Während der Krise sind die Gewinne ohnehin so niedrig, daß aus ihnen nicht vieles herauszuwirtschaften ist. Abgesehen davon muß die weitere plötzliche Kürzung der Gewinne zur Stilllegung der Betriebe führen, was am allerwenigsten im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Ebensovienig stichhaltig ist die Berufung auf die übertriebene Handelsspanne. Im großen und ganzen setzt sich die Handelsspanne nicht anders als die Gestehungskosten der Industrie zusammen. Sie enthält Löhne und Gehälter von Millionen im Handel beschäftigten Arbeit-

Redeflation als Rettung

Doch Woytinski hat damit sein Herz gegenüber seinen eigenen Freunden nur zur Hälfte ausgesprochen. Er hat noch einige andere Sorgen, von denen man schon darum Kenntnis nehmen muß, weil diese erst die Überlegungen erkennbar machen, die bei der Entstehung seines Arbeitsbeschaffungsplans Platz gestanden haben:

„Unsere Währungspolitik in der letzten Zeit beschränkte sich auf die Forderung nach der Sicherheit der Währung, eine rein formelle Forderung, die nichts besagt oder sehr verschiedene Dinge bedeuten kann, und die zu derselben Zeit von den Arbeitgeberverbänden aufgestellt worden war. „Sicherheit der Währung“ ist eine Selbstverständlichkeit. Aber im Rahmen der gesicherten Währung können die Preise durch wirtschaftspolitische — und erst recht kredit- und währungspolitische — Maßnahmen in der einen oder anderen Richtung verschoben werden...“

Auch auf dem Gebiete des Kredits fordert Woytinski darum das Verlassen des Deflationkurses und Redeflation, d. h. Kreditausweitung. Das bildet auch erst die entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung seines Arbeitsbeschaffungsprogramms überhaupt, denn auf einen großzügigen Kredit kann auch Woytinski nicht verzichten. Allerdings sieht Woytinski auch sofort, daß diese Kreditbeschaffung auch wieder nicht ganz ungefährlich ist, weshalb er einmal sein ganzes Arbeitsprogramm für nur eine Million Arbeitslose anlegt und sich so mit einem Betrag von zwei Milliarden Mark bescheidet. Doch auch dieser Betrag verursacht Woytinski bereits Gewissensbisse: „Zwei Milliarden Reichsmark sind ein zu großer Betrag, als daß man eine Kreditschöpfung solchen Ausmaßes ohne Gefahr durchführen könnte.“ Also dann Arbeitsbeschaffung nur für eine halbe Million? Woytinski hat einen anderen Ausweg: So lange die Arbeiten nicht durchgeführt sind, hätte die Arbeitslosenversicherung usw. die Unterstützung weiter zu zahlen, was einem Betrag von etwa 600 Millionen entsprechen würde. „Dieser Betrag könnte für die Finanzierung der öffentlichen Arbeiten bzw. die Tilgung der für diesen Zweck aufgenommenen Schulden verwendet werden.“ Weitere 300 bis 400 Millionen Reichsmark erwartet Woytinski aus den Steuern und Sozialabgaben, die von der wiederbeschäftigten Million zu entrichten sind, so daß „im ganzen von den erforderlichen zwei Milliarden Reichsmark etwa die Hälfte von vornherein gedeckt wird, ohne künstliche Kreditausweitung oder Geldschöpfung“. Lediglich die fehlende eine Milliarde wäre noch — allenfalls durch Kreditausweitung — zu beschaffen.

Tarnow für Woytinski

Woytinskis Plan hat im Lager der freien Gewerkschaften eine Reihe glühender Befürworter gefunden. Namentlich betätigt sich Tarnow als ein leidenschaftlicher Verfechter dieser Ideen, und da der Plan auch im Schoße der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein breites Echo ausgelöst hat — u. a. hat sich auch der Reichstagspräsident Löbe sowie Baade auf die Seite von Woytinski und Tarnow gestellt —, so scheint alles dafür zu sprechen, daß — schon aus Mangel eigener konstruktiver Ideen — der Plan Woytinskis die Grundlage für das von ihr angekündigte Arbeitsbeschaffungsprogramm abgeben wird.

Die Kehrseite des Plans

Ohne Zweifel: auch wenn es nur gelänge, zunächst wieder eine Million zu Arbeit und Brot zu verhelfen, wäre ein Arbeitsbeschaffungs-

plan zu begrüßen. Die Frage ist nur, ob die Ausführung des Woytinskischen Plans nicht mehr zerschlägt, als er bestenfalls Gutes stiftet. Und hier liegt der Knüppel beim Hund. Der Plan hat — das spricht Woytinski auch offen aus — eine Krediterweiterung der Reichsbank zur Voraussetzung. Die ohnehin bis zum Platzen angespannte Lage der Reichsbank würde einer weiteren Belastungsprobe ausgesetzt, von der niemand mit Gewißheit sagen kann, daß sie dem Faß nicht den Boden ausschlägt. Ganz ohne Bedenken ist in dieser Hinsicht ja auch Woytinski nicht. Zwei Milliarden Reichsmark zusätzlicher Kredit erscheinen auch ihm als untragbar und gefährlich, weshalb er die Arbeitslosenversicherung, die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zunächst ebenfalls zur Finanzierung heranzieht, was immerhin bedeutete, daß weder die Versicherung noch die in arger Bedrängnis befindlichen Gemeinden entlastet würden. Ist schon dies bedenklich, so scheint auf der anderen Seite die Mehreinnahme aus Steuern und sozialen Beiträgen in Höhe von 300 bis 400 Millionen reichlich hoch gegriffen. Sie ergäben eine Belastung von rund einem Fünftel des neu geschaffenen Einkommens, was in Wirklichkeit gar nicht denkbar ist. Auch erscheint es fraglich, ob diese Wiedereinnahme wirklich von einer entsprechenden Kreditausweitung entbindet. Schließlich kann auch die von Woytinski angesetzte Summe von zwei Milliarden unmöglich als ausreichend zur Beschäftigung von einer Million Arbeiter betrachtet werden. Auf den Kopf würden durchschnittlich 2000 Reichsmark entfallen und diese wären allenfalls hinreichend für die nackten Lohnkosten. Was aber auch an Arbeiten in Angriff genommen werden mag: immer entstehen Materialkosten und immer sind Anschaffungen notwendig, die auch im günstigsten Falle rund ein Drittel der Lohnkosten ausmachen dürften. Das heißt aber, daß eine Milliarde Kreditausweitung zur Durchführung des Woytinskis-Plans bei weitem unzulänglich ist und daß nur die Alternative bleibt, die ins Auge gefaßte Zahl der wieder zu Beschäftigenden erheblich zu kürzen oder aber die zu beschaffenden Kredite weit über eine Milliarde hinaus zu erhöhen.

Spiel mit der Inflation

Damit sind unsere Bedenken indes noch bei weitem nicht erschöpft. Es gibt ein größeres und entscheidenderes: künstliche Kreditausweitung kann jederzeit die Währungsstabilität erschüttern. Es ist eine rein willkürliche Annahme, daß dies nicht der Fall sei, sobald man diese auf eine Milliarde beschränke. Deutschland hat — man kann nicht oft genug daran erinnern — eine Inflation im Rücken und seine Bevölkerung würde auf das erste Anzeichen ganz anders reagieren wie etwa in England oder Amerika. Träte eine solche Wendung aber ein, dann könnte sich wohl ergeben, daß zwar für eine Million Arbeitsloser neue Arbeitsplätze geschaffen werden, daß aber die in Beschäftigung stehenden um ihre Löhne geprellt werden und daß die Kaufkraft noch weiter einschrumpft, was unvermeidlich eine neue Krisenhochflut zur Folge hätte.

Wagemann Nr. 2

In dieser Beziehung besteht zwischen dem Plane Woytinskis und demjenigen Wagemanns keinerlei Unterschied. Sie müssen auch beide zu gleichen Wirkungen führen, weil sie beide von der Annahme ausgehen, der außer Kraft gesetzte kapitalistische Krisenmechanismus könnte durch eine elastischere Gestaltung des Kredit- und Geldwesens ersetzt werden. Nichts aber ist falscher und gefährlicher als dies. Die kapitalistische Wirtschaft ist von dieser Seite eben nicht zu kurieren. Die Inflation — und in dieser münden unweigerlich alle diese Pläne, gleichgültig, ob die Verfasser der Pläne sie wollen oder nicht — ist kein Ausweg, sondern nur eine Ausflucht, zu der man aus Furcht vor den letzten harten Konsequenzen dieser Krise, dem Zwang zu einer Liquidierung des herrschenden Wirtschaftssystems und seiner Ersetzung durch ein anderes, greift. Soweit, wie soeben in Amerika, die herrschende Klasse in die Inflation flüchtet, ist dies durchaus begreiflich. Ihr winkt hierdurch die Möglichkeit einer neuen großzügigen Abbürdung der Krisenfolgen auf die Arbeiterklasse. Es heißt aber, der Arbeiterschaft in den Rücken fallen und in die Karten der Kapitalisten spielen, wenn — gleichgültig aus welchen Motiven und in welchen Absichten — Vertreter von Arbeiterorganisationen und diese selbst Pläne aushecken oder befürworten, an deren Ende dasselbe steht, was die Kapitalistenklasse für sich als Lösung anstrebt.

Im Kampf gegen Hitler war bisher das stärkste Argument der Sozialdemokratie, daß sein Triumph die Inflation bedeute. Das Argument verliert nicht an Wert, wenn sich jetzt die Sozialdemokratie für Bestrebungen einsetzt, die auf dasselbe hinauslaufen.

Der Plan von Emil Lederer ist in seiner Zielsetzung bescheidener, dafür aber in seiner Anlage kühner. Er wird noch Gegenstand einer besonderen Betrachtung sein.